

Bezugspreis:
Jahresabonnement 30.— M., monatlich 10.— M.
Für den Hausgebrauch halbjährlich 15.— M.,
Monatlich 5.— M., erst nach Bestätigung.
Unterstützung für Deutschland und Österreich 16.— M.,
für das übrige Ausland bei täglich einmal, wöchentlich 21.— M., halbjährlich 10.— M.,
jährlich 20.— M. — In Österreich, Ungarn,
Tschechien, Rumänien, Serbien, Dänemark,
Polen, Holland, Norwegen, Schweden und die Schweiz — In Österreich in die Postanstalt
Der „Vorwärts“ mit der „Sozialdemokratischen
Zeitung“ „Volk und Arbeit“ erscheint wochen-
weise zusammen. Sonntags und Montags
„Sozialdemokratische Zeitung“
Telegraphische Adressen
„Sozialdemokratische Zeitung“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 21. Oktober 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53-54.

Verschärfte Lage in England.

Die Folgen des Riesenstreiks.

Amsterdam, 20. Oktober. (W.F.B.) „Telegraaf“ meldet aus London vom 19. Oktober: Die Lage im Bergarbeiterstreik war am zweiten Tage unverändert. Alle Bergarbeiterführer sind nach ihren Bezirken zurückgekehrt. Die Folge des Ausbruchs macht sich bereits sehr empfindlich bemerkbar. In Schottland stehen alle Eisen- und Stahlwerke still. 30 000 Metallarbeiter in Durham sind arbeitslos. In Yorkshire wurde mit dem Wägen der Kohlen begonnen. In Stafford sind 20 000 Metallarbeiter arbeitslos geworden. Die Arbeitszeit wird auf 10 000 Arbeitern in den Schmelzwerken von Leicesters eingeschränkt, damit der Betrieb aufrecht erhalten werden kann. Die Forderungen auf Lohnverbesserungen von 180 000 englischen Pfundsterling und Motortransportarbeitern drohen ebenfalls zu einem Streik zu führen.

Die „Dona“ meldet aus London: Die Exekutive der Bergarbeiterorganisation von Südwales sollte in einer Konferenz in Cardiff den Beschluß fassen, wenn nicht der Streik am 30. Oktober beendet sei, der Bergarbeiterverband von Großbritannien ersucht werden solle, eine Nationalkonferenz einzuberufen zu dem Zweck, in Erwägungen darüber einzutreten, ob nicht alle Maschinen- und Pumpenbetriebe sowie die Förderer aus den Gruben aller Kohlengebiete zurückzuziehen seien. Sollten die Bergarbeiter diese ihre Drohung wahrnehmen, so müßte das zu einer Katastrophe im Bergbau führen, da die Bergwerke in kurzer Zeit überflutet zu sein würden. Der Verlauf des zweiten Streiftages gibt keinen Anlaß, von der erwarteten Wendung zum Besseren zu reden. Im Gegenteil, eine Verschärfung ist unverkennbar bemerkbar. So beginnt sich in weiten Kreisen der Eisenbahner eine lebhaftere Streikstimmung bemerkbar zu machen. Die Eisenbahner in Südwales hielten acht große Versammlungen ab, in denen sie die sofortige Proklamierung des Streiks verlangten. In dem gleichen Sinne sprachen sich die Eisenbahner im Bezirk Liverpool für Einstellung der Arbeit aus. Auch in der Transportarbeitergewerkschaft beginnt es nicht ungefährlich zu werden. Schon haben die Londoner Transportarbeiter, wie bereits gemeldet, den Verkehrsgesellschaften ein befristetes Streikultimatum gestellt, falls die von ihnen geforderte Gehaltserhöhung nicht bewilligt wird. Angesichts dieser sehr bedrohlichen Situation werden bereits Stimmen laut, die dazu raten, den Bergarbeitern die verlangte Lohnverbesserung von zwei Schilling zu gewähren. Doch da diese Vorschläge immer noch an die Bedingung der Vermehrung der Kohlenförderung geknüpft sind, haben sie wenig Aussicht, vor den Augen der Bergarbeiter Gnade zu finden. Vielfach wird in der englischen Presse angeregt, den allgemein beliebten Prinzen von Wales als Vermittler in der das ganze nationale Leben Englands bedrohenden Streikkatastrophe in Aktion treten zu lassen. Man will wissen, daß der Prinz persönlich keineswegs abgeneigt sei, eine derartige Aufgabe auf sich zu nehmen, falls von allen Seiten der Bevölkerung der Wunsch an ihn herantritt, persönlich in dem Streik zwischen Bergarbeitern und Kohlenherren zu vermitteln. Die Gerüchte, daß die Regierung bereits Truppen in die Kohlengebiete dirigiert habe, treffen nicht zu. Wohl sind die Goldstream-Gruben aus Aldershot nach London beordert worden, doch kommt ein Eingreifen der Truppen in den Grubenbezirken nur im äußersten Notfall in Frage.

Die Regierung optimistisch...

Genève, 20. Oktober. „Nouvelles Courant“ beurteilt die Ansichten der britischen Regierung im Bergarbeiterstreik als sehr günstig, da sie große Kohlenvorräte habe aufhäufen können und das Publikum auf ihrer Seite habe.

... und die Arbeiter entschlossen.

London, 20. Oktober. (W.F.B.) Die Vertreter der Bergarbeiter im Unterhaus sprachen sich sehr entschlossen darüber aus, daß die Regierung nach wie vor daran festhalte, daß jede Lohnverbesserung von der Steigerung der Produktion abhängig gemacht werden müsse. Der Präsident des Verbandes der schottischen Bergleute sagte seine Lust dahin zusammen, daß die unangenehme Stellung der Regierung die Bergarbeiter in ihrem Entschlusse, durchzuhalten, nur bestärken werde.

Lloyd George zu Verhandlungen bereit.

Amsterdam, 20. Oktober. (W.F.B.) „Tele raaf“ meldet aus London: In der gestrigen Unterhausdebatte forderte der Führer der Arbeiterschaft Adamson Lloyd George auf, sobald als möglich eine Konferenz aus Vertretern der Bergarbeiterführer und der Bergarbeiter einzuberufen, um die Vorkläufe von Brace zu beraten. Lloyd George erklärte, er sei bereit, eine solche Konferenz einzuberufen; er werde gern mit der Leitung des Bergarbeiterverbandes zusammentreffen, wenn dieser bereit sei, die Unterhandlungen auf Grund folgender beiden Bedingungen zu führen: einerseits Lohnverbesserung und andererseits höhere Kohlenproduktion.

Paris, 20. Oktober. (W.F.B.) Nach einer Wittermeldung aus London sind infolge des Kohlenarbeiterstreiks für die Dauer des Streiks alle Pferdeerennen, mit Ausnahme derjenigen in

Irland, verboten worden. (Diese eigenartige Maßnahme der britischen Regierung ist in der Tat bei dem Sportfanatismus der englischen Massen geeignet, die öffentliche Meinung noch mehr gegen die Streikenden zu erhitzen, als die schärfsten Lebensmittelrationierungen. Die Red.)

Que über den englischen Streik.

Genève, 20. Oktober. (W.F.B.) Der Bochumer Vertreter des „Nieuwe Courant“ hatte eine Unterredung mit dem Bergarbeiterführer Que, der seinen aus England zurückgekommen ist. Que erklärte u. a., er glaube nicht, daß der Streik der englischen Bergleute eine direkte Rückwirkung auf die internationale Arbeiterbewegung und auf die Haltung der deutschen Bergleute haben werde. Er habe bei seinem Aufenthalt in England, wo er auch an einer Konferenz des Streikkomitees der Bergarbeiter teilnahm, die Überzeugung gewonnen, daß in englischen Arbeiterkreisen ein positives Streikbewußtsein nach einer Regelung vorhanden sei, die der Wiederherstellung des Friedens diene und die Unausführbarkeit des Versailler Vertrages berücksichtige. Ueber die deutschen Kohlenlieferungen auf Grund des deutsch-holländischen Abkommens sagte Que, er sei überzeugt, daß die Leistungen durchgeführt werden würden. In Ruhrgebiet wie im übrigen Deutschland habe man den besten Willen, die Verpflichtungen gegen Holland zu erfüllen.

Neue Arbeitslose demonstrieren in London.

London, 19. Oktober. (W.F.B.) Heute versammelten sich in London wieder um 2000 Arbeitslose zu einer Kundgebung. Nachdem sie versucht hatten, eine Abordnung an den Londoner Gewerkschaftsrat zu senden, wurden sie von der Polizei zerstreut.

Frische Blutbilanz.

London, 19. Oktober. (W.F.B.) Im englischen Unterhaus sagte Damar Greenwood in Erwiderung auf eine Anfrage, seit dem 1. Januar seien 100 Polizisten und 18 Militärpersonen in Irland getötet, 160 Polizisten und 60 Militärpersonen verwundet worden. Er könne nicht mitteilen, welche Schritte die Regierung gegen diesen Verbleib zu unternehmen gedenke. Er könne dem Hause lediglich die Versicherung geben, daß die Regierung die zum Schutz der Staatsdiener zur Verfügung stehenden Mittel ständig verbessere.

Polen will Wilna behalten!

Drohung mit neuen Erhebungen.

London, 20. Oktober. „Times“ erzählt aus gut unterrichteter Quelle, daß die polnische Regierung als Antwort auf die Note Frankreichs und Englands in der Angelegenheit der Befestigung Wilnas erklärt habe, sie sei bereit, das französische und englische Ultimatum zu akzeptieren, falls die Stadt Wilna in den Besitz Litauens übergehen. Eine derartige Entscheidung würde zu neuen Konflikten und zu Erhebungen in der polnischen Armee führen. Die polnische Regierung richte deshalb einen dringenden Appell an die Alliierten, der Wiederaufrichtung (7) keine Hindernisse zu bereiten.

Bestrafter Imperialismus.

Daß die Weiterführung des russischen Bürgerkrieges gegen Polen über die Säuberung russischer Gebiete hinaus verderblich war, gibt nun auch Lenin zu. Vor den Sowjetleitern erklärte er am 15. Oktober, daß angesichts der militärischen Lage der Roten Armee der Frieden mit Polen weniger vorteilhaft für Russland sei, als wenn er vor dem Marsche auf Warschau abgeschlossen worden wäre.

Inzwischen rüsten sich die polnischen Freibeuter in Wilna ein. Der vorläufigen Verwaltungskommission legte Zeligowski kein Vorgehen auseinander und legte sein Programm dar. Als Mitglieder der vorläufigen Regierung sollen den Eid geleistet haben.

Wrangels Siegesmeldungen heißt die Moskauer Meldung gegenüber, die Sowjettruppen hätten einen großen Sieg über Wrangel im Raum von Nikopol davongetragen. Wrangels Kavallerie sei vollständig aufgerieben und nach ungeheuren Verlusten in voller Flucht.

Geftingsford, 19. Oktober. (C. S.) Die Petersburger „Iswestija“ glauben nicht an die Dauer des Friedens und verlangen eine Verstärkung der Armee, weil bei den geringsten Anzeichen von Schwäche seitens Russlands ein neuer Krieg ausbrechen werde. Die Petersburger „Pravda“ spricht die Meinung aus, daß das polnische Joch über einen Teil der Ukraine und über Weichland nicht lange dauern und bald von der Bevölkerung abgeschüttelt werden wird. In den Moskauer „Iswestija“ rufte Trotski die Rotgardisten auf, dessen eingedenk zu sein, daß der Friede mit der bürgerlichen polnischen Regierung ein schwerer Friede sei. Millionen russischer Arbeiter und Bauern seien unter dem Joch der polnischen Herren verblieben. An den Misserfolgen des Krieges gegen Polen sei Wrangel schuld. Durch seine Operationen im Rücken der Roten Armee lenkte er die Sowjetkräfte von der polnischen Front ab.

Klassenkampf oder Affentheater?

U. S. P. Zank im Reichstag.

Es ist wahr, nicht nur der dicke Antifemist Bruhn wackelte vor Vergnügen, nicht nur die Leute von der Rechten und von den bürgerlichen Parteien lachten Thürnen, der ganze Reichstag, schließlich sogar die Darsteller selbst, wurden von einem Taumel der Heiterkeit erfaßt, angesichts des Schauspiels, das die auseinandergefallenen Stücke der U. S. P. in der gestrigen Sitzung darboten. Welches Auge könnte auch trocken bleiben, wenn der Neukommunist Kalzahn die einen Zwischenruf wagende Luise Jitz mit den Worten niederknüppelt: „Ruhig, alte Schlummerlente!“ Wenn der Antiparlamentarier Kuntz die keulende und grimassenschneidende Linke zur Ordnung verweist mit dem Ruf: „Wir sind hier doch im Parlament!“ und darauf von Koenen die Antwort erhält: „Ruhe, alter Idiot!“ Das war vor wenigen Tagen noch eine Partei, schien es wenigstens so sein, heute führen sie untereinander vor den Augen der Seher und zu ihrem Gaudium einen Massenkampf untereinander auf, geführt mit Giftspitzen und Dreckschleudern, zischend, fauchend, prustend fahren sie auf einander los, und das ganze Haus lacht, lacht...!

Die U. S. P.-Fraktion (Rechte) ist gestern das Opfer einer überhörsamen Taktik geworden. Der alte Labour hat es in seiner Rede ungeschickt genug ausgedauert: nur um dem Vorwurf zu entgehen, sie sympathisiere heimlich mit der Ausweisung Sinowjews und Lojowskis, hatte sie einen schleunigen Antrag eingebracht, die Ausweisung sofort rückgängig zu machen. Sie vergaß, wie unklug es war, wenn sie sich gerade in diesem Augenblick und in diesem Zustand in den Vordergrund des parlamentarischen Interesses stellte, sie überlegte nicht, welche Wirkung ihr vorbringliches Aufsteigen auf die U. S. P. (Linke) ausüben müßte, und so begann sie ihre neue Laufbahn mit einem schallenden Fehlschritt.

Kurt Rosenfeld machte in seiner einleitenden Rede wenigstens noch einen Versuch, den Antrag sachlich zu begründen. Daß er damit unglücklich abschneiden mußte, mußte er wahrscheinlich selbst. Denn das juristische und moralische Recht der Regierung, den beiden Russen eine Verlängerung ihrer Aufenthaltsgestattung zu verweigern, nachdem sie ihr Gastrecht in der unverschämtesten Weise mißbraucht hatten, lag offen zutage. Diese Russen sind, wie Genosse Bernheim höchst treffend ausführt, nicht als Verfolgte, sondern als Verfolger zu uns gekommen, sie gewöhnen in ihrem eigenen Lande der Opposition keine Spur jener Freiheit, die sie in Deutschland in unbeschränktem Maße für sich in Anspruch nahmen, sie haben kein Recht, sich als Vertreter einer höheren Weltanschauung aufzuspielen, nachdem namentlich einer vor ihnen, Sinowjew, in seinem Herrschaftsbereich als ein wahrer Menschenflächter gehaust hat. Wenn wir trotzdem bedauern, daß das deutsche Gastspiel dieser Leute nicht noch länger gedauert hat, so ist es nur deshalb, weil wir überzeugt sind, daß sich das gesunde Empfinden der deutschen Arbeiter ganz von selbst gegen ihr Treiben aufbäumen müßte. Wenn man den Bolschewismus besiegen will, muß man den Bolschewismus und die Bolschewisten kennen lernen. Das ist der einzige Standpunkt, von dem aus das Verfahren der deutschen Regierung ansehnlich ist — aber wegen der Ausweisung jener Leute die gekränkte Leberwurst spielen, wie es Rosenfeld tat, war einfach lächerlich.

Als dann noch einer wüsten Debatte, in der Koenen die russischen Methoden der Wohnungspolitik verherrlichte — die städtische Bevölkerung so auszuhungern, daß ein Ueberfluß an Wohnungen entsteht —, Bedeant das Schlußwort sprach, war von dem Antrag der U. S. P. (Rechte) kaum noch die Rede. Die Reichstagsfraktion verbandelte sich einfach in eine Fortsetzung des Parteitag von Halle, es fehlte nicht viel, daß man sich geprügelt hätte, und in der Abstimmung wurde dann der Antrag sanglos, klanglos begraben.

Besseres hatte diese Mißgeburt einer an Ueberbläueit verunglückten Taktik auch gar nicht verdient. Der Reichstag aber hatte einen Tag, den er vielleicht nützlicher hätte verwenden können, totgeschlagen. Welches Schandspiel! Ein großes Volk sitzt in Not. Millionen wissen nicht, wie sie leben und nähren, die Arbeitslosigkeit wächst, die Preise steigen, Feinde aus einem verlorenen Krieg, die auch im Frieden nicht aufgehört haben, unsere Gegner zu sein, bedrängen uns mit unerfüllbaren Forderungen. Und in diesem Augenblick sinkt die deutsche Volksvertretung zu einem Affentheater, zu einer Kabarettkomödie, zu einem Kackballett hinab — durch die Schuld deutscher Arbeitervertreter!

Die Reaktion rüstet an allen bayerischen Ecken und pommerischen Enden. Das Unternehmertum fühlt sich wieder, schneit Gewinne und predigt Abbau der Löhne. Die Sozialdemokraten sind dank der genialen Taktik der Linken, aus der Regierung ausgeschaltet, und die Rechte sieht ihren Weizen blühen. Im deutschen Reichstag aber haben deutsche Arbeitervertreter nichts anderes zu tun, als sich gegenständig herunterzureißen, zu beschimpfen und zu beschimpfen.

ist das der Weg, das Proletariat zu befreien? Ist das der Weg, einem widerwilligen Parlament Zugeständnisse abzutrotzen, die Sozialisierung des Bergbaues zu erzwingen? Ist

„Der Fels, auf den die Kirche der Zukunft gebaut wird“? Wir haben jetzt im Reichstag glücklich neben der noch immer starken Sozialdemokratischen Fraktion drei sozialistische Fraktionen und Fraktionen; die U. S. P. (Rechte), die U. S. P. (Linke) und die Kommunisten. Und wie die den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind führen, davon gibt der gedruckte Reichstagsbericht nur ein schwaches Bild. Hätte doch die gesamte deutsche Arbeiterklasse diesen Herensabbath miterleben können, sie wäre von Efel gekübelt, aber auch von der Einsicht plötzlich erleuchtet worden, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann.

In die Arbeiterklasse hat eine ungeheure Aufgabe zu erfüllen, aber es muß offen gesagt werden, daß ein Teil von ihr durch die Art, wie er seine Vertreter wählte, sich als nicht reif erwiesen hat. Das erste, was sie braucht, um ihre geschichtliche Aufgabe zu lösen, ist die Achtung der Gegner. Der Weg aber, der seit der ersten Staltung bestritten worden ist und der mit jeder neuen Staltung fortgesetzt wird, bringt den Arbeitern nur die Verachtung der Gegner, und gäbe es nicht immer noch eine starke, wachsende, einmütige Sozialdemokratie, die hoch über den Treiben der Zwitterfraktionen steht, so würde die politische Arbeiterbewegung von ihren Gegnern längst nicht mehr ernst genommen werden. Dann bliebe nur die gewerkschaftliche Bewegung als achtungsgebietender Faktor übrig — man muß fragen, für wie lange, wenn die Arbeit der „kommunistischen Zellen“ so weitergeht wie bisher.

Na, es ist wahr, über das Schauspiel, das die auseinandergefallenen Stühle der U. S. P. boten, hat der ganze Reichstag gelacht. Aber im Grunde genommen, wachte nur die Rechte, warum sie lachte.

Hermes planlose Wirtschaft. Schweres Auflagematerial.

Gegenüber den Verhören der „Germania“, den Ernährungsminister Hermes zu rechtfertigen, beruft sich die „Soz. Storr.“ auf zwei Dokumente, die allein für die Hermes'sche Einkaufspolitik verdächtig sind.

Die erste dieser Urkunden — so schreibt die „Soz. Storr.“ — wird hergestellt von den Eingaben der Devisenbeschaffungstelle an den Reichswirtschaftsminister und an den Reichsfinanzminister. Die Devisenbeschaffungstelle ist vor etwa einem Jahre vom Minister Schmidt ins Leben gerufen worden, um die Beschaffung und Verteilung der Zahlungsmittel für die Einfuhr, die Deutschland vom Ausland braucht, zu vereinfachen. Leiter der Devisenbeschaffungstelle ist Direktor Prichow im Reichswirtschaftsministerium. Es gehören ihr ferner an namentlich berufene Vertreter des Reichsfinanzministeriums, des Reichsernährungsministeriums, des Reichsjustizministeriums, des Reichslandwirtschaftsministeriums, des Reichsministeriums für Ein- und Ausfuhr, der Getreideeinstands-Gesellschaft, der Reichsbank und der deutschen Großbanken, insbesondere der Firma Mendelssohn. Der „Botschafter“ hat bereits vor einigen Tagen berichtet, daß diese Devisenbeschaffungstelle von Herrn Hermes planmäßig umgangen und ausgeschaltet worden ist. In der Tat sind, wie wir festgestellt haben, die vom „Botschafter“ berichteten Gerüchte in vollem Umfange zutreffend. Seit Herr Hermes Ernährungsminister geworden ist, sind die Vertreter des Reichsernährungsministeriums nicht mehr in die Devisenbeschaffungstelle und ihre Sitzungen gekommen. Alle Vorstellungen dieser Stelle, daß sie im voraus über Einkäufe und Zahlungsverpflichtungen Bescheid wissen müsse, blieben unberücksichtigt. Die Devisenbeschaffungstelle hat sich schließlich beschwerde bei den Reichswirtschaftsminister gewandt, und als auch das erfolglos blieb, eine von ihren sämtlichen Mitgliedern unterzeichnete Eingabe an den Reichsfinanzminister und das Kabinett gerichtet, in der die drei Reichsministerien, die Reichsbank, die Großbanken und die Ein- und Ausfuhrstellen erklären, für den Stand der Salata die Verantwortung nicht mehr tragen zu können, wenn die Hermes-Politik nicht aufhöre.

Das zweite Dokument ist das Protokoll der Ausschussung des Reichsausschusses für pflanzliche und

tierische Oels und Fette vom 6. September 1920. In dieser Sitzung teilte der gesamte Vorstand, die zwölf Produzenten und die zwanzig leitenden Angestellten des Reichsausschusses mit, daß sie wegen der unbetriebsfähigen Verschleuderung Hunderte von Millionen durch Herrn Hermes ihr Amt niederlegen. Nicht nur von ihnen, sondern auch von den Vertretern des Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministeriums wurde die schärfste Kritik geübt. So sagte ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums, es sei ein unerträglicher Zustand, daß man die Zwangswirtschaft zunächst zerbröckele und dann erst überlege, was an ihre Stelle treten solle. Von den Vertretern aller vier Ministerien (Ernährungs-, Wirtschafts-, Finanz- und Schatzministerium) wurde verlangt, daß der Reichsausschuh noch einmal laufe. Darauf mußte mitgeteilt werden, daß das Einkaufspersonal auf besondere Veranlassung des Herrn Hermes gekündigt sei.

Es handelt sich hier um sachliche Vorwürfe gegen die Politik des Ministers Hermes, an denen der Reichstag schwerlich vorbeigehen kann. Das Zentrum dürfte gut tun, sich mit der verfehlten Politik des Herrn Hermes nicht solidarisch zu erklären, so begreiflich zunächst sein Bestreben ist, den seiner Partei zugehörigen Minister zu bedenken. Aber offensichtliche Fehler zu decken, ist eine auf die Dauer viel schädlichere Politik als sie zu bekennen. Sehr interessant ist es, daß bereits die „Deutsche Tageszeitung“ dem Zentrum seine Unterstützung anbietet. Obwohl es sich hier um eine rein sachliche Auseinandersetzung handelt, muß die „Deutsche Tageszeitung“ von „auswärtiger Seite, penetrantem Geruch parteipolitischer Absicht, Vergiftung der politischen Atmosphäre um“ reden, um dem Zentrum darzutun, daß es bei einer Verbindung mit der Linken „der Geprellte und Ausgenutzte“ sei und bleiben werde.

Dieselbe Nummer der „Deutschen Tageszeitung“ enthält aber einen Artikel „Erzbergers Verdengung als Steuerzahler“, an der das Zentrum vergleichsweise praktisch studieren kann, was persönliche Kampfesweise und Vergiftung der politischen Atmosphäre ist. Erzbergers Steuerdeklarationen werden breitgetreten und eine Spalte Raum daran verschwendet, nachzuweisen, ob Erzberger einige tausend Mark zu wenig deklariert habe. Diese Untersuchung ist natürlich viel wichtiger als die Frage, ob Herr Hermes verfehlte Ernährungspolitik das deutsche Volk Milliarden gekostet hat und weitere Milliarden kosten wird. Herricht denn bei der „Deutschen Tageszeitung“ eine so schlechte Kritik, daß nicht einmal dafür gesorgt wurde, diesen Erzberger-Artikel aus der gleichen Nummer wegzulassen, in der man sich dem Zentrum in Empfehlung bringt?!

Unpolitische Reichswehr. Eine ganz neue Forderung der Rechte.

Die Stimmungsmache für das Reichswehrgesetz geht weiter. Diesmal ist es die „Deutsche Tageszeitung“, die zur Verherrlichung des Entwurfs das Wort ergreift, eine Bundesgenossenschaft, die eigentlich die „Vossische Zeitung“ stützen machen sollte. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

Die Ausschaltung jeder Politik aus dem Heere ist die Vorbedingung für seinen inneren Halt, das heißt die Befähigung aller Zeiten und Wäters. Eine politisierende bewaffnete Macht bildet eine ständige Gefahr für die gesamtstaatliche Entwicklung im Innern und wird, in sich selbst zersetzt, nach außen verfallen. Durchgreifende Maßnahmen, bei denen Härten unvermeidlich sind, müssen dabei, als erforderlich angesehen werden, um den politischen Kampf von dem neuankommenden Reichsheer fernzuhalten, es unbefähigt über die Parteien zu stellen, damit es ein stets zuverlässiges Machtmittel der Staatsgewalt wird. Deshalb mußte noch über das Verbot unmittelbarer politischer Betätigung hinausgegangen, daß Soldaten auch hinsichtlich seiner Zugehörigkeit zu nichtpolitischen Vereinen eine Beschränkung insofern auferlegt werden, als diese Zugehörigkeit von der Genehmigung seiner Vorgesetzten abhängig gemacht wird.

Beim Lesen dieser Zeilen hat uns einige Verwunderung ergriffen. Seit wann rührt denn die Ueberzeugung der

„Deutschen Tageszeitung“, daß eine politisierende bewaffnete Macht eine Gefahr für die gesamtstaatliche Entwicklung im Innern ist? Wenn bisher die Reichswehrgeneräle sich in die Politik eingemischt haben, so hat das stets die volle Billigung der „Deutschen Tageszeitung“ und der Rechten überhaupt gefunden. Im Juni 1919 stellten eine Anzahl Kommandeure die Forderung an die Regierung, daß der Vertrag von Versailles nicht unterzeichnet werden dürfe. Sicher eine politische Entscheidung, über die aber die „Deutsche Tageszeitung“ niemals ein Wort der Mißbilligung ausgesprochen hat. Der Kapp-Putsch nahm bekanntlich seinen Ursprung davon, daß der General Lüttich eine Reihe rein politischer Forderungen an die Regierung richtete, so z. B. die sofortige Vornahme von Neuwahlen. Weit entfernt, gegen den politisierenden General Stellung zu nehmen, hat gerade die „Deutsche Tageszeitung“ das Vorgehen des Herrn v. Lüttich unterstützt, indem sie von der Regierung die Erfüllung dieser Forderungen verlangte.

Der Kern der Sache ist ganz klar: Ein politisierendes Offizierskorps will die Rechte auch jetzt nicht verhindern. Verhindern will sie nur, daß die Mannschaften etwa sich im gegenteiligen Sinne, im Sinne der Treue zur Republik und zur Verfassung, zusammenschließen. Ein reaktionär intrigierendes Offizierskorps braucht keine besondere Organisation, diese ist durch den amtlichen Apparat bereits gegeben. Wenn ein paar Generale sich gegen die Regierung verständigen wollen, so haben sie es nicht nötig, dazu einen besonderen Verein zu gründen, das geht mit ein paar mündlichen oder telephonischen Gesprächen. Das gleiche aber können hunderttausend Mann nicht tun, die gesonnen sind, gegen eine eventuelle Meuterei meinsidiger Vorgesetzter, wie beim Kapp-Putsch, der Republik die Treue und ihren Eid zu halten.

Wir sagen schon jetzt mit Bestimmtheit voraus, daß die ganze „Entpolitisierung“ der Reichswehr, falls der § 33 der Vorlage wirklich Gesetz wird, auf nichts weiter herausläuft, als auf die Zerstückelung aller Organisationen, die auf dem Boden der Republik und der Verfassung stehen.

Einig — aber worüber?

Die Deutsche Volkspartei läßt verbreiten, daß alle Gerüchte über Meinungsverschiedenheiten in der Partei aus der Luft gegriffen seien. Die parteioffizielle Kundgebung sagt:

Ueber die Stellung, die von den Vertretern der Deutschen Volkspartei im Kabinett zu dem Sozialisierungsbeschluß der Regierung eingenommen wird, herrscht volles Einverständnis zwischen ihnen und der Fraktion. Ebenso ist man sich innerhalb der Fraktion selbst in den Grundfragen der Sozialisierung vollkommen einig, so daß die Sozialisierung des Bergbaues sowohl von der Fraktion selbst, wie zwischen der Fraktion und den Mitgliedern der Deutschen Volkspartei im Kabinett keine Veranlassung zu irgendwelchen grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten bietet.

Da die deutschsozialistische Minister im Kabinett für, in der Partei gegen die Sozialisierung gesprochen haben, so ist danach die Stellung der Deutschen Volkspartei völlig klar: sie tritt energisch für die Sozialisierung des Bergbaues ein, die sie mit größter Entschiedenheit bekämpft. Bei dem letzteren dürfte es aber wohl schließlich bleiben.

Unbegündete Besorgnis. Die „Freiheit“ vom Mittwoch morgen gibt eine Anfrage der Abgeordneten Ludwig und Genossen an die Preussische Staatsregierung wieder, ob es zutreffend sei, daß im Einverständnis mit dem preussischen Justizminister darauf hingewirkt worden sei, Strafverfolgungen gegen diejenigen einzuleiten, die der Dritten Internationale sich anzuschließen im Begriffe stehen. Hierzu wird der „F. F. R.“ von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß ein derartiges Vorgehen im preussischen Justizministerium oder einer anderen preussischen Regierungsstelle nicht beabsichtigt ist und daß keinerlei ähnliche Bestrebungen dort im Gange sind.

Perlen und Kühe.

Von Martin Feuchtwanger.

Bayerisches Gebirgsdorf mit bekanntem Namen. Wenn du früher herankamst von deinem Berg, nach mühsamem Klettern, rotschwarz gebrannt, mit dem Rucksack und dem Stiel, in schweren Regenschuhen und blauen Jansen, am Abend, dann begegneten die lange Ketten bedächtig schreitender Kühe mit Kloden um den Hals. Sie kamen von der Weide nach Hause, gegen die Dorfstraße lang und suchten ihre Ställe. Vor den Häusern standen die Bauern, Frauen und Kinder, das Gefinde und warteten auf das Vieh.

Kommst du heute herunter von deinem Berg, am Abend, müde und gestärkt zugleich, so siehst du eine jämmerliche Groteske in der Dorfstraße. Noch immer zieht die lange Kette bedächtig schreitender Kühe mit Kloden um den Hals durch die Straßen. Während sie hinauszieht, zieht eine Kette von eleganten Damen die Straße hinterher. Wie auf der südbayerischen Promenade. Die Damen tragen hohe Stöckelschuhe, Strümpfe in allen Farben, hohe kunstvolle Frisuren, edle Kleider. Perlenketten zieren den Hals, Perlen und Diamanten stecken an den Fingern, Perlen und Diamanten hängen von den Ohren herunter. Die Bauern, die Frauen, die Kinder und das Gefinde, die vor den Häusern auf die Heimkehr der Kühe warten, haben längst aufgehört zu lachen über die armen Reichen, die die Röt des Lebens ins Gebirge getrieben hat, die sterben an ihrem Miß, an ihrer Seide und an ihrem Schmuck mit so nichtswürdiger Liebe hängen, daß sie gar nicht merken, wie lächerlich sie sich den Kühen gegenüber ausnehmen. Die Bauern haben aufgehört zu lachen, sie ärgern sich. Die armen Reichen erschauern schon das Leben. Sie boten für ein Ei 50 Pf., 1 M., 2 M., für das Hund 10 M., 20 M., 30 M. Sie kauften die Butter auf, das Mehl, die Eier, die Milch, das Fleisch, das Leder, sie kauften, sie kauften alles, was sie sehen, ob sie es brauchen können oder nicht.

Sie stellen lebende Bilder von der Sölllosigkeit und der Jenseitigkeit eines lebenslosen Volkes. Was wollen sie hier? Von den Bergen, den Felsen, den Gletschern, den Wasserfällen, den Tannenwäldern, dem Heu, den Ställen und den Weiden haben sie nichts mehr. Sie langweilen sich gottsehbärdlich. Ihre Reunionen und Toes in den Dorfstraßen sind Verzerrungen. Ihre Perlen und ihre Seide heulen das Gland einer feilsch und geistig verarmten Gesellschaft in die Welt.

Reißt weg, wenn ihr von euren Perlen und seidnen Strümpfen und Gürtelbündeln nicht lassen könnt! Vergällt nicht auch den schwerarbeitenden Gebirgsbewohnern das Leben und gönnt den paar tausend Menschen, die seit vielen Jahren im Sommer in den Alpen Erholung suchen, ihre Ruhe.

Ihr müßt in einer nachdenklichen Stunde sehen, wie ihr schmutzbeladen und seidenbelagert an den Kühen vorbeizieht. Ihr müßt dieses jammervolle Bild sehen, wenn auch einmal ein

Vierteilständchen der Ueberlegung kommt. Wenn ihr ein einziges Mal den ganzen Jammer eures Lans durchschauen würdet, dann würde euch vor euch selbst grauen.

Der Geruch der Heiligkeit. Uns wird geschrieben: Einen um die katholische Sache in Berlin verdienten Geistlichen mit Namen Müller, der vor 20 Jahren gestorben ist, will man in die Klasse der Heiligen aufnehmen, deren Zahl die Kirche von Zeit zu Zeit gerne um einen vermehrt. Vorbereitend hat man jetzt die Gebeine des Geistlichen ausgegraben und sie vom Kirchhofe nach einer Kirche übergeführt. Bei dieser Gelegenheit wurde der Sarg geöffnet und nach der „Germania“ (Nr. 453) folgender Befund von den Herren des Kirchenvorstandes erhoben:

Das Gebeint liegt unverändert in seiner ursprünglichen Lage. Das Haupt des Verstorbenen weist zum Teil noch graue Haare auf. Der Unterkiefer ist auf der rechten Seite herausgefallen, die Wirbelsäule sichtbar. Die Finger sind abgefallen. Die Keuerende ist braun geworden, aber unversehrt, das schwarze Barock in Farbe und Form intakt, desgleichen die violette Stola. Von dem Kodel sind Epithelien noch erkennbar. Das Kreuzig auf der Brust und die Perlen eines Rosenkranzes sind erhalten; ebenso die Ueberreste eines Blumenstraußes. Reigt man sich über die Ueberreste des Verstorbenen, so ist nicht der geringste Verwesungsgeruch zu bemerken, vielmehr haben die genannten Herren die Empfindung eines angenehmen Duftes.

Jeder vorurteilfreie Leser wird mit mit einem Widernwillen empfinden, wenn man von dem angenehmen Dufte einer jahrelang aufbewahrten Leiche spricht. Ich glaube, daß keinem normal empfindenden Menschen in der Nähe einer Leiche, und sei es auch einer mit aller menschlichen Kunst aufbewahrten Mumie, ein angenehmer Duft sich bemerkbar macht. Vor der Majestät des Todes hört alles Angenehme und Lustende auf.

Die Herren, die den Befund erhoben haben, sind von falschen Ideen ergriffen ausgegangen. Der Geistliche Müller soll später vom Papste heilig gesprochen werden, und nun glauben sie schon den Duft der Heiligkeit wahrzunehmen und protokollieren zu müssen. Das erinnert mich an ein Verkommen, das mein Vater und in der Jugend als eigenes Erlebnis mitgeteilt. Er war Hausarzt in einem Franziskanerinnenkloster. Eines Tages wird ihm von der Oberin mit umschweifenden Worten mitgeteilt, daß eine der Schwestern des Hauses die ganz merkwürdige Erscheinung zeige, daß ihre Wasserabsonderungen, insbesondere des Gefäß, in dem sie aufgesammelt würden, einen besonders angenehmen Duft nach Weiden ausstrahlte. Es war nicht zu vermeiden, daß man der Schwester schon besondere Verehrung entgegenbrachte, und jedenfalls sollte die Mitteilung an den Arzt hierüber Klarheit schaffen. Mein Vater konnte diese Auffassung auch in einer natürlichen Weise geben. Er erkundigte sich nach der Beschäftigung der Schwester und erfuhr, daß sie vor allem wegen ihres schwachen Rufandes nur noch zu leichteren Diensten, so auch in dem kleinen Blumengarten verwendet werde. Er überlegte sich dabei, daß die Schwester dort zur Aufzucht der Blumenstöcke und Spaltiere sich grüner Delfarbe bedient hatte. Die bei dieser Arbeit beschmutzten Hände und Schwanenflächen hatte sie dann nachträglich

mit Terpentinöl gereinigt. Als Arzt war meinem Vater bekannt, daß beim Gebrauch von Terpentinöl durch Einatmung und Durchtritt durch die Haut sich in den Nieren Nierenschlamm bilden, die sich im Urin als Belohnung bei jedem Menschen bemerkbar machen. Der Geruch der Heiligkeit war bei der Nonne auf einfache Weise aufgeklärt worden.

Eine Erweiterung des Berliner Botanischen Gartens. In aller Stille hat der Botanische Garten in Berlin-Dahlem dadurch eine bedeutende Erweiterung erfahren, daß ihm eine Zentralstelle für Kuppflanzen“ angegliedert worden ist. Weit mehr als früher müssen wir heute darauf bedacht sein, unsere heimischen Pflanzen auszubilden und umschau zu halten, ob wir nicht auch auf unserem Boden heilkräftige Kräuter in entsprechender Form und Menge ernten und geeignete Öl- und Faserpflanzen gewinnen können. Ansätze für die Erfüllung dieser wichtigen Aufgaben waren im Botanischen Garten in Dahlem bereits vorhanden. Es galt nur diese auszubauen und zu erweitern. Die Aufgabe der Zentralstelle für Kuppflanzen“ ist, alle deutschen und hier kultivierbaren Kuppflanzen, soweit sie nicht schon in den landwirtschaftlichen Versuchsanstalten und anderen Anstalten ausgiebig studiert sind, vergleichsweise zu ziehen, sie in einwandfreier Form zu ernten und dann in den Fabriken, den technischen Forschungsstellen usw. auf ihren Wert für die Praxis prüfen zu lassen. Ähnliche Untersuchungen, die teilweise schon bemerkenswerte Ergebnisse gezeigt haben, sind im Dahlemer Garten bereits angestellt worden. So verhält sich das Digitalis, das Mittel, das man aus dem roten Fingerhut für Herzleiden gewinnt, ganz anders, wenn man es aus einer Pflanze, die aus dem Schwarzwald stammt, abschneidet, als aus einer Pflanze aus dem Harz-Besentkraut. Stachys sind in ähnlicher Weise untersucht worden. Für den chinesischen Khabarber, einer der wichtigsten Drogen, gibt es eine Reihe von Stammespflanzen. Aber bisher hat man kaum ein Erzeugnis in Deutschland finden können, das dem chinesischen gleichkommt. Da der Khabarber in China auf dem Wai in einer Höhe von 3000 bis 5000 Meter gedeiht, so hat man im Riesengebirge an abgelegener Stelle auf sorgfältigste Anpflanzungen vorgenommen und wird hier weitere Forschungen anstellen. Die sonstigen Abhänge des mittel- und süddeutschen Gebirges, die sich nicht für Feldfrüchte eignen, sollen zur Anpflanzung von Kamamel, Thymian usw. benutzt werden. Auch den Schwarzpflanzen will die neu errichtete Stelle erhöhte Aufmerksamkeit schenken.

Eine internationale Enzyklopädie des Weltkrieges. So viele Kriegsbilder auch schon erschienen sind, so stehen die großen monumentalen Werke, die nur durch die Zusammenarbeit der verschiedensten Völker möglich sind, noch aus. Das am großartigsten angelegte Werk dieser Art wird zweifellos die Weltwirtschafts-Enzyklopädie des Weltkrieges sein, die unter der Leitung der Carnegie-Stiftung von Kommissionen in den kriegführenden und neutralen Ländern vorbereitet wird. Als Vorkäufer dieses Riesenswerkes hat die Carnegie-Stiftung bereits eine Arbeit „Vorläufige wirtschaftliche Studien über den Krieg“ veröffentlicht. Eine große Bibliographie der gesamten Kriegsliteratur soll folgen. Die Hauptleitung des Unternehmens befindet sich an der amerikanischen Columbia-Universität; doch sind in den einzelnen anderen Ländern selbstän-

Sinowjewdebatte im Reichstag.

Im Reichstag stand am Mittwoch zunächst der schnelle Antrag Aberhold (U. Soz.) betr. die

Ausweisung Sinowjews und Losowskys

auf der Tagesordnung. Der Antrag fordert den Reichstag auf, gegen die Ausweisung Sinowjews und Losowskys zu erheben und die Reichsregierung zu ersuchen, für sofortige Aufhebung dieser Ausweisungsvorschriften und für die Vereinfachung der Ausweisungsvorschriften Sorge zu tragen, auf Grund deren Ausländer als „lästig“ ausgewiesen werden können.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.)

begründet den Antrag: Wieder sind zwei Ausländer aus Ischereischen Gründen ausgewiesen worden. Das erinnert an die Ausweisungen unter Bismarck, an die Ausweisungen der „Schnorrer und Verschwörer“ unter Bismarck, an die Ausweisung Jaurès. Wenn einem Politiker die Rolle eines Ausländers nicht gefällt, so kann er ihn ohne weiteres als lästig ausweisen. Die Ausweisung Jaurès hat bewiesen, daß diese Praxis schwerwiegende Folgen haben kann. Ob sie würde wir jetzt mit Russland in den besten Beziehungen leben. Ausländer sind nach wie vor der Willkür der Polizei ausgeliefert. Wir werden uns bemühen, das abzuschaffen. (Lachen rechts.) England verdankt einer gerechten Behandlung der Ausländer den Aufschwung seines Kulturstaates. Ich wünsche, daß Deutschland den gleichen Aufschwung erlangt. Aber bei uns haben wir Reaktionen das Richtige; politische Spitzel dürfen sich ungehindert hier aufhalten. Sinowjew war ohne jede Bedingung gestattet worden, an unserem Parteitag teilzunehmen. Sein Verhalten war doch so, wie es jeder Politiker voraussehen konnte. Nun ist es doch eigentlich eine preussische Angelegenheit, aber die Reichsregierung bleibt allein verantwortlich. Sinowjew hat keine Verpflichtungen gehalten, aber die Regierung ihr Wort nicht. Auch daß die Regierung

keine Gründe für die Ausweisung angegeben hat, entspricht dem alten Polizeirecht. Sie (nach rechts) haben nicht eingewendet, als deutschnationale Agitatoren von hier in den österreichischen Wahlkampf eingriffen. Sinowjew und Losowjy sind jeden Augenblick von Polizeibeamten umgeben. Man höre doch endlich auf, eine geistige Bewegung mit Gewaltmaßnahmen bekämpfen zu wollen. Ein neuer Geist muß endlich seinen Einzug in Deutschland halten. (Stürmische ironische Zustimmung rechts.) Die deutschen Arbeiter werden sich aber nicht betreten lassen, ihren Weg den ihnen die Entwicklung vorschreibt, weiterzugehen. (Beifall bei den U. Soz.)

Minister des Inneren Simon:

Am 20. August kam eine Anmeldung von drei russischen Gewerkschaftsführern. Diesen dreien wurde die Einreise erlaubt und ein Aufenthalt von vier Wochen bewilligt. Dann kam unerwarteterweise von Australien aus das Ersuchen, weitere 11 Personen zur Einreise in Deutschland zuzulassen. Auf Verwendung deutscher Gewerkschaftsvertreter wurden dann vier weitere Russen zugelassen. Dann erschienen die Angeklagten am 10. September in Hamburg, brachten aber gleichzeitig große Schwierigkeiten mit. Auch solche, denen die Einreise nicht erlaubt war. (Hört! hört!) Die übrigen wurden in Hamburg zurückgehalten und später teils nach der Schweiz, teils nach Russland zurückgeführt. In der Zwischenzeit haben sie aber die Gelegenheit benützt, um in Hamburg ziemlich lebhaft Agitation zu treiben.

(Hört! hört!) Es war zur Bedingung gemacht worden, daß die Herren sich auf Teilnahme an Verhandlungen ökonomischer, sozialer und wirtschaftlicher Art beschränken. Das Ministerium hatte ausdrücklich beschlossen, daß eine politische Betätigung und Teilnahme an politischen Versammlungen nicht zugelassen werden würde. Das haben die Herren, namentlich

Losowsky nicht gehalten.

Er hat verschiedene politische Reden gehalten, so daß ich mich genötigt sah, Herrn Losowsky eine Warnung auszusprechen zu lassen. Eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis wurde zugestanden, bis die italienische Regierung geantwortet hatte. Losowjy sollte in Berlin den Weibsch abwarten. Stattdessen ist er nach Halle gegangen und hat die ihm auferlegte Bedingung vollständig außer Acht gelassen. Als dann die Nachricht der italienischen Regierung kam, daß die

Einreise nach Italien nicht gestattet

würde, lag kein Grund mehr vor, der Herr Simon Losowskys Hindernisse zu beseitigen. (Weiterkeit.) Nach Kenntnis der Rede Sinowjews in Halle beschloß das Ministerium, sein weiteres Auftreten zu verhindern und einen entsprechenden Antrag an den preussischen Minister des Inneren zu richten. Die Ausweisung soll daher am 20. Oktober erfolgen. Es ist nicht richtig, daß die beiden Herren ohne in schon an diesem Tage abreisen wollten. Sie haben beantragt, die

Aufenthaltserlaubnis bis zum 1. November

auszubehalten, weil sie noch lange nicht fertig wären. (Hört, hört!) und (weiterkeit.) Herr Sinowjew hat wohl am wenigsten das Recht, sich zu beklagen, wenn man bedenkt, wie er seine politischen Gegner zu behandeln pflegt. Ich habe versucht, ihm Privatlogis zu verschaffen. Das ist aber in Berlin jetzt außerordentlich schwer. (Lachen rechts: Privatlogis am Laternenpfeil! — Unruhe links. — Abg. Ledebour: Diese Terroristen! — Weiterkeit! — Abg. Adolf Hoffmann: Hüte Euch! — Weiterkeit und Unruhe.) Wir hatten guten Grund, die Ausweisung zu beantragen. Wenn ein Fremdenrecht geschaffen werden sollte, so wird es jedenfalls nicht den Charakter haben, den Herr Rosenfeld empfiehlt. Rechtsgrund der Ausweisung bestand außer in dem Fristenablauf in der Ueberschreitung der Einreisebedingungen. Die Ausführungen Sinowjews in Halle könnten, wie sogar Herr Rosenfeld annehmen scheint, die Frage vorgehen, ob nicht der Staatsanwalt einzuschreiten hätte.

Die ganze Angelegenheit ist zweifellos eine

starke Belastungsprobe für unser Verhältnis zu Russland.

Das darf aber nicht maßgebend sein. Der Minister verliest Auszüge aus der Rede Sinowjews in Halle, in der er den Terrorismus predigt. Solche Ausstellungen dürften nicht fortgesetzt werden. Das russische Volk ist in Deutschland außerordentlich populär. Es steht auch fest, daß wir nur wieder vollkommen können nicht gegen das russische Volk, sondern mit dem russischen Volk. Dieser Glaube wird durch diese letzten Ereignisse nicht aus den Angeln gehoben. Er wird dahin führen, was aus für eine Reaktion in Russland sein mag, daß das deutsche Volk und das russische Volk sich finden werden. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Bernstein (Soz.):

Für und handelt es sich um den zweiten Teil des Antrages, der die Vereinfachung des unbeschränkten russischen Ausweisungsvorschriften verlangt. Das darf aber nicht in einer reinen Negation gesehen, sondern wir brauchen einen positiven Entwurf, der eine präzisere Fassung erhält. Das hat die Sozialdemokratie schon immer verlangt. Die neue Fassung muß bestimmte Garantien für die Sicherheit der Ausländer enthalten. Deutschland muß nach unserer Meinung

ein Veto für Verstoßte

und Unterdrückte werden. Ähnlich wie die Vereinigten Staaten es lange gewesen sind. Das trifft aber hier nicht zu, denn die hier genannten Personen sind

selbst Verfolger und Unterdrückte.

(Beifall bei den Sozialdemokraten. Unruhe bei den Unabhängigen.) Ich habe oft Gelegenheit nehmen müssen, die Opfer ihrer Verfolgungspolitik zu sprechen (Hört! hört!) und das hat die Rede Aberhold ebenfalls gesagt, hinter der unsichtbar die Gesichter aller der unschuldig Ermordeten standen (Hört! hört!). Das ändert die Frage umso mehr, als eine eigentliche Ausweisung gar nicht vorliegt, denn die Regierung hat die nachgelagerte Verlängerung bewilligt; jetzt ist die Aufenthaltserlaubnis einfach abgelaufen. (Lachen der Unabhängigen: aber schließlich ist er worden!) Das stimmt, aber nicht ausgewiesen. Wir haben keinen Grund, die Aufenthaltserlaubnis verlängert werden zu lassen. Deshalb können wir dem Antrag nicht zustimmen. (Als Abg. Bernstein das Rednerpult verläßt, werden ihm von unabhängigen Seite Vorwürfe gemacht, gegen die er sich energisch wehrt. Unruhe.)

Abg. Wulle (Dnalt.): Herr

Apfelbaum ist Oberbürgermeister von Petersburg

und hat in verblüffend kurzer Zeit verstanden, aus einer Stadt von zwei Millionen Einwohnern ein heruntergekommenes Gemeinwesen von 600 000 Einwohnern zu machen, bei denen Hunger und Mord ständige Gäste sind. Die erblickende Mehrheit des deutschen Volkes säht die Ausweisung dieser beiden russischen Verbrecher für eine selbstverständliche Pflicht der Regierung. Am Sonntag erfolgte die Ausweisung, am Dienstag betrat man wieder und wohl dann auch noch weiter. Das steht im stärksten Gegensatz zu dem,

was wir von der Obrigkeit verlangen müssen.

Tausende von russischen Agenten treiben sich in Deutschland umher und hegen zu Gewalttätigkeiten auf. Wir verlangen, daß mit aller Energie vorgegangen wird. Wir brauchen keine russischen Juden bei uns. Wir wollen ein einiges deutsches Volk haben, dem das Vaterland über der Partei steht. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Bell (Fr.): Die deutsche Regierung hat aus und weiß gehandelt, als sie nach Rücksprache mit deutschen Arbeitervertretern die Einreise erlaubte. Die Russen haben aber die Erlaubnis mißbraucht. Deutschland würde sich vor aller Welt lächerlich machen, wenn die Regierung einen anderen Standpunkt eingenommen hätte. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Warchol (D. Sp.): Gegenüber der Kampfanlage der Kommunisten muß die Regierung die Parteien aufrufen und das Strafgesetz anwenden. Warten wir noch lange, dann haben Sie den Kommunismus so gelockt, daß er die Ueberrmacht gewinnt. Wir sagen daher der Regierung: Hande, ehe es zu spät ist! (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Petersen (Dem.): Gerade die Behandlung einer Frage, die auf das Gebiet der auswärtigen Politik übergeht, sollte die Redner aller Parteien vor Anwendung übertriebener Ausdrücke bewahren. Die Streitigkeiten der Unabhängigen lassen wir sie unter sich abmachen.

Abg. Koenen (U. Soz. links): Wir begrüßen den Präsidenten des Exekutivkomitees als den Führer der Weltrevolution heute und weiterhin. (Weiterkeit.) Wir wissen, daß der Mann, der auf unserem Parteitag die richtigen Worte

gesprochen hat, ungemein geleistet hat zur Durchföhrung des Sozialismus. Der Redner spricht von grobartigen Mißnahmen in Petersburg, insbesondere der Lösung des Wohnungsproblems. (Weiterkeit im ganzen Hause und dauerndes Lachen.) Sie und Ihre Generale haben noch viel mehr Lote auf dem Gewissen. (Fortdauernde Jurast: Schluß! Schluß! — Glöde des Präsidenten. — Die weiteren Ausführungen des Redners gehen im Tumult unter. — Die Abgeordneten der Rechten verlassen teilweise den Saal. Der Präsident bittet um Ruhe. Für uns ist das ganze eine politische Nachfrage. Aber auch die Hochlage gibt uns recht. Von der „Freiheit“ bis zu Herrn Wulle hat eine Hege gegen Sinowjew eingeleitet. Die Mehrheitssozialisten sind kleinbürgerliche Nationalliberale. Die Partei, die einen Wels zum Vorherrscher hat, einen Kofke zum prominenten Mitglied, die sollte mit dem Wort Waisund zurückhalten. (Sehr wahr! links und links.) Selbst wenn es wahr wäre, daß

Sinowjew Blut vergossen

hat, so frage ich Sie, hat er Arbeiterblut vergossen? (Lachen: Jawohl!) oder hat er die Bourgeoisie niedergeworfen? (Beifall bei den Kommunisten.) Wenn die wirkliche Revolution kommt, dann wird sie kein Massakerfröhen sein. Sie (zu den Mehrheitssozialisten) haben unter dem Namen Kofke im Bündnis mit Weingardisten von rechts den Kampf gegen die Arbeiterklasse geführt. (Dauernde Unruhe. — Jurast: Sie tragen die Schuld!) Die Regierung hat durchaus unrecht, der Antrag ist eine Selbstverständlichkeit. (Beifall bei den Kommunisten.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Abg. Ledebour (U. S. P.):

Wir verlangen freies Recht für jedermann; auch für die Ausländer. Die propagandistische Kraft Sinowjews wird durch die Ausweisung nur gestärkt. Mit Gewaltmaßnahmen kann man keine Bewegung töten. (Lachen: Siehe Russland.) Jawohl,

auch der Bolschewismus

kennt diesem falschen Glauben, er ist Geist von Ihrem Geist. (Weiterkeit.) Koenen hat es dargestellt, als ob Sinowjew gar kein richtiger Terrorist wäre, sondern

nur Geisteskrankter.

So dumm, dies zu glauben, ist kein Mensch außer Ihrer Fraktion. (Schallende Weiterkeit.) Sinowjew ist nicht nur ideologischer Terrorist, sondern auch in der Praxis. Er gibt dies auch offen zu, nur die Reukommunisten fühlen sich in der terroristischen Hohenhaut noch nicht ganz sicher und

hätten noch immer Ja, Ja.

(Schallende Weiterkeit.) Je länger er spricht und je länger wir Gelegenheit haben, diesem Terrorismus entgegenzutreten, um so eher wird die revolutionäre deutsche Arbeiterklasse erkennen, wie gefährlich die Politik ist, der Sinowjew sein Emporkommen verdankt. In Deutschland existiert tatsächlich

eine kommunistische Arbeiterzentrale

genau so wie im gegenrevolutionären Lager. Sinowjew betroselte auf unserem Parteitag die Toten, 4 1/2 Stunden zu sprechen, um uns die Gelegenheit zu nehmen, darauf zu antworten. (Lachen: Mal sehen: Er hat aber vieles gesagt.) Er hat vieles gesagt, was Sie in Ihrer Raibität als unendlich wertvoll betroselten. (Stürmische Weiterkeit.) Gerade die Frage des Terrors ist es, die uns am gefährlichsten bedroht von den Leuten, die unsere Partei verlassen haben. (Lachen: Umgekehrt!) Es ist fauler Rauber, wenn Sinowjew die Notwendigkeit des Terrors mit der gütigen Freilassung einer Generale beweisen will, und auf eine solche Beweisführung sind die neuen Reukommunisten hereinzuwachen. (Weiterkeit und Widerspruch.) Wir sind Sinowjew und Losowjy entgegengetreten, wo wir konnten, und folgen nur unseren Grundfähen, wenn wir Sie bitten, unserem Antrag zuzustimmen. (Beifall bei den echten Unabhängigen.)

In einer persönlichen Bemerkung stellt der Kommunist Dr. Levi fest, daß Ledebour nicht die Geschäfte seiner Partei, sondern die der antihörschewistischen Liga besorgt habe, wogegen Ledebour auf schärfste protestiert.

Der Antrag wird darauf gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt.

Der Befehlswurf gegen die Kapitalflucht wird dem Ausschuss überwiesen.

Mittwoch, 1 Uhr: Interpellation über die Dieselmotoren und über die Ergebnisse des Entwaffnungsgesetzes. Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussische Löwenstein-Debatte.

In der Preussischen Landesversammlung stand am Mittwoch

die Wahl Dr. Löwensteins zum Oberstadtschulrat

auf der Tagesordnung.

Abg. Ritter (Dnalt.): Wir können nicht billigen, daß einem Juden die Erziehung deutscher Kinder anvertraut wird. Wir wehren uns dagegen, daß eine Million deutscher Kinder einem Manne ausgeliefert wird, der seelisch ganz anders gebaut ist (Lachen bei den U. Soz.) Läßt es die Regierung auf eine Machtprobe ankommen — aber sie drückt sich ja, wie die leeren Bänke zeigen! — so wird sie auf eine geschlossene Front treffen. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Bräuner (Soz.):

Man sollte nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen. (Gelächter rechts.) Wir richten uns nach dem Grundlag: „Freie Bahn dem Tüchtigen!“

(Neues Lachen.) Für die Erziehung von Völkern muß Lebenserfahrung und Abgelährtheit maßgebend sein. (Gelächter. Zuruf: Wandlungsfähigkeit!) Das Löwenstein-Jude ist, sollte ich die Konventionen sein Anlag zum Einspruch sein. Der Jude Stahl war der Begründer der Konvention von Paris. Viele Jüder (nach rechts) Anhänger nehmen ein „Schickel“ mit in Kauf, wenn sie ihr verrostetes Wappenschild mit jüdischem Golde aufrücken können. Viele ihrer Freunde bedienen sich auch jüdischer Rechtsanwält, um aus dem Schlamassel herauszukommen. Vergessen Sie als Christen nicht, daß auch das Jesuskind ein Judekind war. (Anhaltende große Unruhe rechts.) Cornelius, Pestalozzi und Solzmann waren keine Jüden und sind doch hervorragende Pädagogen gewesen, wenn ich auch Löwenstein mit ihnen nicht in einem Atem nennen will.

Abg. Dr. Geh (D.): Uns stört an Löwenstein, daß er ein jüdischer Late ist. (Unruhe bei den U. Soz.) Glauben Sie, daß beispielsweise an der Spitze des Bildungswesens in eine in zionistischen Staaten ein Christ gestellt werden könnte. Die Unabhängigen machen nicht freie Bahn dem Tüchtigen, sondern dem Anhängern. (Weiterkeit.)

Abg. Dominicus (Dem.): Dr. Löwensteins Schulideal läßt sich nicht verwirklichen. Durch seine Wahl kann nur der Antifemittismus neue Nahrung erhalten. Daß die Regierung bei einer so wichtigen Angelegenheit nicht erscheint, entspricht nicht der Würde der Landesversammlung. (Beifallige Zustimmung.) Wir hoffen, daß die Stadtverordnetenversammlung die Sache noch einmal ruhig und sachlich überlegt. Vielleicht kommt sie dann zu einer Wenderung. (Beifall.)

Abg. Holmann (D. Sp.): Den Lehrern muß da ein Mitspracherecht eingeräumt werden.

Abg. Leis (U. Soz.): Der Protest gegen Löwenstein im Hirtenspruch ist in das Gedächtnis eingeschlagen. (Lachen. Aufste: Mit dem Anknüpf!) Löwenstein ist gar kein Jude. (Gelächter.) Hier wird ja auch nicht der Jude oder die Juden bekämpft, sondern der Sozialist. Man sollte die Angelegenheit nicht so machlos überlassen.

Abg. Koch-Dehnbansen (Dnalt.): Wir beantragen Uebertreibung an den Gemeindevorstand.

Es wird so beschlossen. Dagegen stimmen die drei sozialdemokratischen Gruppen.

Das Fortschleppgesetz wird einem Ausschuss zurückverwiesen. Nach der Erledigung kleinerer Vorlagen tritt das Haus in die zweite Beratung des Staatshaushaltplanes beim Titel:

Allgemeine Finanzverwaltung

ein.

Abg. Cuno (Soz.):

Wären die Täge des Reichsnotopfers halb so scharf, die Zahlungen aber länger befristet worden, so würde die Finanzlage wesentlich besser sein. Durch das Verlangen der Stenererhöhung im Reich sind auch die Finanzen der Gliedstaaten zerrüttet. Ohne neue Steuern ist die Rettung der Beamtenbesoldung unmöglich. Der Großgrundbesitz könnte noch am ehesten eine Mehrbelastung tragen. Die gegenwärtige Ausgabenwirtschaft kann nicht fortgesetzt werden, sonst wird der Staat dem Bankrott entgegengehen.

Nach einer Rede des Abg. Frenkel (Dem.) verläßt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Der Mord an der Millionenbrücke

Nach Anhörung mehrerer Zeugen, die teilweise die Angeklagten wiedererkennen, befinden die Juristen, welche seinerzeit die Leiche des ermordeten Losowjyführers Reichsmuth obduziert hatten, daß der Tod durch Zerschlagung des Herzens und der großen Herzschlagader eingetreten war.

Eine Zeugin bezeugt, daß am 23. März die Sicherheitspolizei in die Menge hineingehüpft und ihre kleine Tochter durch einen Wundschuß über verletzt habe — Der Vater des Angeklagten Koblhoff bezeugt, daß sein Sohn von Jugend auf nicht normal gewesen sei; er sei sehr vergeblich gewesen und habe alle möglichen Leiden ertragen.

Gerichtsarzt Sanitätsrat Dr. Lehnen erklärte, daß Koblhoff ein ererblich belasteter Mensch mit Degenerationszeichen und stark neurasthenischen Erscheinungen sei. Die Voraussetzungen des § 51 seien aber bei ihm nicht gegeben. Was seine Ueberlegungsfähigkeit anbetrifft, so könnte man eventuell annehmen, daß eine gewisse Ujfelhandlung vorliegen könnte, da er unmittelbar vor der Tat durch den

Kobloff des angeschossenen Kindes

in eine besonders starke Erregung versetzt worden sein will. — Was Koblhoff angeht, so ist auch er ein minderwertiger Mensch, der aber stark übertriebene, was vielleicht auch als Zeichen seiner Kindermentalität anzusehen ist, weil er glaubt, auf diese Weise hier besser fortzukommen. § 51 sei bei ihm ebenfalls nicht anwendbar.

Es trat wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Die an die Geschworenen gerichteten 15 Schuldfragen lauten auf Mord, Todschlag und vorsätzliche Gefährdung eines Eisenbahntransportes.

Es folgten die Schlussvorträge für Anklage und Verteidigung.

Das Urteil.

Die Geschworenen sprachen Koblhoff im Widerspruch mit dem auf Todschlag hinzielenden Antrag des Staatsanwaltes des Mordes, Koblhoff des Raubhandels und der Transportgefährdung mit Todeserfolg schuldig. Schluß frei. Bezüglich des Koblhoff war der Gerichtsbot noch kurzer Beratung einstimmig der Meinung, daß sich die Geschworenen zu dessen Ungunsten geirrt haben, und bewies bezüglich dieses Angeklagten die Sache zu erneuter Verhandlung an die nächste Schwurgerichtsperiode. Koblhoff wurde zu 10 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Das Ergebnis unseres Parteitages.

Die Berichterstattung über den Parteitag der S. P. D. begann gestern in der Groß-Berliner Verwaltungsbezirk VII Charlottenburg mit einer nach dem Volkshaus (Reichstag) einberufenen Versammlung, in der Genosse Franz Krüger sprach.

Unser Parteitag hat, führte er aus, Beachtung in der ganzen Welt gefunden. Stellen wir neben unseren Parteitag den der Unabhängigen, so dürfen wir stolz erklären, daß die Sozialdemokratie allein die Wege weis, auf denen man den Kapitalismus überwinden und zum Sozialismus gelangen kann. Der Bericht des Parteivorstandes machte dem Märchen ein Ende, daß unser Mitgliederstand zurückgeht. Wir sind heute mit etwa 120000 Mitgliedern bereits hinaus über den besten organisatorischen Stand der früheren einklassigen Sozialdemokratie.

In der Diskussion des Parteitages über die politische Lage stand im Vordergrund unsere Stellung zum Friedensvertrag von Versailles. Wir wollen ehrlieh dafür eintreten, daß Deutschland die Bedingungen erfüllt, so gut es kann. Es wurde aber auch zum Ausdruck gebracht, daß der Wiederaufbau nicht Objekt kapitalistischer Spekulationen werden darf. Daher muß die Arbeiterklasse Deutschlands durch ihre Organisationen sich einen

Einfluß auf den Wiederaufbau

sichern, indem sie mit den Organisationen anderer Länder sich verbndigt. Die Wiederanknüpfung der internationalen Beziehungen zeigte sich darin, daß wir wieder die Vertreter dreier Länder unter uns sahen.

Den Wiedereintritt der deutschen Sozialdemokratie in die Regierung wünschen vor allem die bürgerlichen Parteien, weil sie allmählich erkennen, daß sie es doch nicht besser machen können. Der Parteitag hat den Wiedereintritt für annehmbar erklärt, sobald das Interesse der Arbeiterklasse es erfordert. Wndelsfhig sind für uns aber nur Parteien, die auf dem Boden der

republikanischen Verfassung

stehen. Eine Entscheidung der Wiedereintrittsfrage ist daher erst möglich, wenn in neuen Reichstagswahlen das deutsche Volk gesprochen und die Fehler der vorigen Reichstagswahlen wieder gutgemacht hat. Gegenüber etwaigen Versuchen, die republikanische Verfassung zu beseitigen, hat der Parteitag seinen Zweifel druber gelassen, daß die Arbeiterklasse gegen Gewalt rücksichtslos Gewalt anwenden wird.

Der Referent ging dann auf den Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion ein und würdigte die Leistungen der vielgerhrten Fachminister der jetzigen Regierung. Er rterte dabei die Art, wie der Ernhungsdirektor Hermes zu seinem Amt gelangt ist und wie er es bisher geführt hat. Dieser Mann muß unter allen Umständen unzerfhrlich beseitigt werden. Die Reichstagsfraktion ist vom Parteitag beauftragt worden, darauf zu dringen, daß endlich Vollstimmungen möglich werden. Dann werde das Volk, z. B. zur Abschaffung der Hochzollerne neue Meinung unmittelbar geltend machen können.

Die Erörterungen des Parteitages über die Schaffung eines neuen Programms haben gezeigt, daß wir jetzt weniger ein Agitations- als ein Arbeitsprogramm brauchen. Die eingeseetzte Kommission soll die Vorarbeiten dazu machen. — Unser Parteitag war getragen von dem Willen und der Ueberzeugung, daß die Arbeiterklasse alle Schwierigkeiten überwinden soll und wird. Er hat eine wichtige Arbeit für die Entscheidung bei den nächsten Wahlen geleistet. (Beiflliger Beifall.)

An das Referat knüpften sich eine lebhafte Diskussion. Sie erob im wesentlichen Billigung der Verhandlungen und Beschlüsse des Parteitages.

Einmtzig wurde folgende Resolution angenommen: Die Mitgliederversammlung des Kreises VII (Charlottenburg) beauftragt die Fraktion des Reichstages, unzerfhrlich dafür zu wirken, daß der Ernhungsdirektor Hermes sofort zurückzutreten. Am Vorabend vom 13. d. M. wurde der Bevölkerung die Mitteilung gemacht, daß man im Ernhrungsministerium scheinbar die Beseitigung der von den amerikanischen Farmern gekauften 100.000 Mschke hinterzieht. Die Versammlung erklärt in diesem Treiben ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterschaft. Die Versammlung erwartet weiter, daß die an den Verhandlungen beteiligten Geheimräte sofort kalgestellt werden und nur auf solche Posten gestellt werden, wo sie der Bevölkerung keinen Schaden mehr zufügen können. Sollte das vordereichte Treiben seiner Art nicht schnellstens beseitigt werden, so wird die organisierte Arbeiterklasse mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln die zwingend notwendige Entfernung dieser Personen zu erzwingen wissen. Die organisierte Arbeiterklasse hat es sich, sich von einer veralteten Geheimratswirtschaft beseitigen zu lassen.

Gleichfalls einmtzig wurde eine Resolution angenommen, die die Reichstagsfraktion ersucht, darauf hinzuwirken, daß bei allen Behörden an den öffentlichen Gebäuden die Zeichnungen „Reichlich“ und „königlich“ verschwinden. Die Parteigenossen des Kreises Friedrichshagen nahmen am Dienstag im Kommunissalon den Bericht vom Parteitag entgegen, den Martha Hoppe erstattete. Sie betonte, der Parteitag habe ein Bild vollkommener Einmtzigkeit gegeben und wo Meinungsverschiedenheiten zulage treten, wie in der Auseinandersetzung zwischen Wissell und Robert Schmidt, seien sie imerobserbierbar zum Ausdruck gebracht worden. Der Parteitag habe Zeugnis gegeben von der Kraft unserer Partei. In der allgemeinen Beurteilung der Tagung in Regensburg stimmten alle Diskussionsredner der Referent zu. In Bezug auf Einzelheiten, namentlich hinsichtlich der Auseinandersetzung Wissell-Schmidt, waren die Meinungen geteilt. Eugen Brdner meinte, Coblen, dessen internationalpolitischen Standpunkt er entschieden ablehnt, hätte einen Mifall in die Einmtzigkeit des Parteitages gesetzt. Wissell sei in der Kritik an den sozialdemokratischen Ministern über das Ra des Vertriebenen hinausgegangen. — Dagegen sagte Seifart, die von Robert Schmidt abgegebene Kritik sei keineswegs unrichtig gewesen. Robert Schmidt habe als Wirtschaftsinminister Fehler gemacht, besonders in der Frage der Lebensmittel. — Petersdorf nimmt für den Parteitag das Recht der Kritik an den sozialdemokratischen Ministern in Anspruch. Es handle sich nicht um die Frage Wissell oder Schmidt, sondern wir mhten sagen: Wissell und Schmidt. — Herrmann bestärkte die Meinungen gegen die Wohnungsnote. — Genossin Hoppe wies darauf hin, daß der Parteitag ja zum Ausdruck gebracht, beim Wiederaufbau der Wirtschaft sollen die nach den besonderen Umständen im Falle von Robert Schmidt wie die von Wissell vertretenen Vorstellungen zur Anwendung kommen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die sich mit den Ergebnissen des Parteitages einverstanden erklärt und weiter sagt, die für den Wiederaufbau der Wirtschaft wichtigste Frage sei die Bergesellschaftung der Produktionsmittel. Deshalb werde erwartet, daß die zutndigen Krperkassen, besonders unsere Reichstagsfraktion energisch eintreten für die Sozialisierung des Bergbaus nach dem Vorschlag I, der bei einmaliger Ablehnung einer Volksabstimmung unterbreitet werden sollte.

grhten industriellen Gebilden Europas gebildet wird. — Auch in der Textilindustrie begegnet man dieser Verzunng. Die Bdlerer Kommodenfabrik hat den Anfang gemacht, die Arbeiter zu entlassen; beide wurden unter der Führung eines Züricher Bankhauses in Zruggesellschaften umgewandelt. — Zurzeit finden in Zürich Verhandlungen statt, um die Holz- und Holzgesellschaft nach gleichem Muster in ein schweizerisches Unternehmen zu verwandeln. — Die Dividenden der nationalen Gesellschaften stehen in der Masse des Schweizer Instituts, das nach Bereinigung seiner Zentralisten und Steuern seinen Aktionären die jährlichen Erträgnisse auszahlt. Es bekommt die Dividenden in den verschiedenen Nationalbanken und ist die Aktien- und Aktien-Schweizer Bank. Die Steuern werden von den Gewinnen in den einzelnen Staaten der Fabriksche abgezogen. In der Schweiz hat die Holdingcompany, wenn sie daselbst keine eigenen Geschäfte betreibt, nur den mächtigen Satz von 1% vom Hundert des ausgewiesenen Jahresgewinnes zu bezahlen, so daß sich die Unternehmen weit besser stellen, als wenn der Zentralist in Wien geblieben wäre, wo die hohe sterreichische Aktiensteuer zu entrichten ist, die mit den Zuschlägen bis zu 40 vom Hundert beträgt. Die Hauptsache bleibt jedoch die Erhaltung der Einheitsleistung, die, solange der Sitz in Wien blieb, ernstlich gefährdet war, aber bei einem in der Schweiz geführten, dem Schutze der Schweizer Gesetz unterstehenden international gewordenem Unternehmen schwerlich angefochten werden kann.

40 Proz. Dividende bei der Leipziger Pianofabrik Gebr. Zimmermann & Co. Die S. P. D. setzte die Dividende auf 20 Proz. und die Sondervergütung auf 10 Proz. fest und genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals um 1,2 auf 4,2 Mill. M. In der letzten Zeit habe sich im Inlandsgeschäft, das bisher ziemlich still gelegen habe, eine allmähliche Belebung gezeigt. Für das Ausland sei das Unternehmen sehr gut besetzt. Es lägen Aufträge aus Südamerika, Südafrika und Holland, Schweden und Dänemark vor.

Die Brgergenossen amerikanischer Banken. Der amerikanische Brgerkontrollant William erneuerte laut einer Meldung des „United Telegraph“ seine Anklage gegen die New-Yorker Bankunternehmungen, die bei der Gewährung kurzfristiger Anleihen Brgergenossen genommen haben sollen. Nach dem von ihm vorgelegten Protokoll haben New-Yorker Bankiers in den letzten zwölf Monaten rund 4000 Anleihen zum Zinsfuß von 80 Proz. gewährt.

Aus aller Welt.

Der schwarzgelbe Legitimistenhund.

In der Wiener „Staatswehr“ erzhlt ein schneidiger Oberleutnant a. D. August Angenotter:

Der huldigende Dackel. In Gastein war es, bei der Eröffnung der ersten Teilstrecke der neuen Alpenbahnen. Als der Kaiser im Bahnhof die offiziellen Begruungen entgegennahm, kam plötzlich auf dem schönen Lappich ein Dackel dahergewackelt, so feierlich und würdig, wie dies einem krummhrnigen Vierfhler möglich ist. Anstatt vor den Füßen des Kaisers zu knien, schreckte er sich vor ihm emporspringend. Einige Hofräte (gleich einige Hofräte! Die Red.) führten herbei, um den jedes Jeremienell verachtenden Hund fortzutragen. Doch der Kaiser hielt sie ab mit den lächelnd gesprochenen Worten: „Aber er tut ja nichts, der kleine Kerl. Lassen Sie ihn nur, meine Herren!“ Dann begab sich der Monarch zu dem am Ende des Perrons aufgestellten Schulkindern, der Dackel, stolz mit dem Schwerte weidend, ihm dicht zur Seite. Das Dackelgedicht, das ein Mädchen herbesagte, hrte der Hund mit schmerzhaftem Interesse und Verständnis ebenfalls an, dann empfahl er sich.

Diese Geschichte hat gewiß am Sonntag alle Wiener Dackelbesitzer antizipalisch wählen lassen!

Auslandsdeutsche.

Bei Kriegsausbruch betrug die Zahl der Deutschen, die außerhalb des Deutschen Reiches leben, schätzungsweise 80 Millionen. Diese Zahl vergrert sich jetzt durch diejenigen Deutschen, die nach dem Friedensvertrag an fremde Staaten fallen. Deutsche werden sich in Zukunft schätzungsweise befinden in:

Dänemark	rund 50 000	Ungarn	rund 800 000
Belgien	115 000	Tschechoslowakei	4 000 000
Luzemburg	260 000	Sdslowakei	700 000
Glah-Lothring.	1 500 000	Rumänien	900 000
Italien	250 000	Verbundene Staaten	9 000 000
Polen	2 200 000	Kanada	80 000
Danzig	300 000	Süd- und Mittel-	
Baltische Staaten	270 000	Amerika	600 000
Russland	1 000 000	Australien	100 000
Deutsch-Österreich	6 000 000		

Hinzu kommen die verstreut wohnenden Deutschen in den verschiedenen Ländern.

Schnee im Gebirge. Im ganzen Riesengebirge ist starker Schneefall bis zur Hbe von 1200 Meter herunter eingetreten.

Luftverbindung mit dem Baltikum. Mittwoch vormittag hat das Wasserflugzeug D 43 der Deutschen Luftreederei einen Probeflug auf der zwischen Königsberg und den Randstaaten geplanten Luftverbindung angetreten. Das Flugzeug fliegt über Libau nach Riga.

Käufer lnden im Kreis Rbnal das katholische Pfarrhaus in Pohlom heim, die unter dem Vorwande, den Pfarrer zu einem Schwerkranken holen zu wollen, Einlaß fanden. Sie entwendeten 1000 M. bares Geld, Hausgegenstnde und Kirchengert. In der Nähe von Wittke wurde ein Fleischer aus Rattowitz von Käufern nachts durch sechs Schüsse niedergestreckt und um 8000 M. bares Geldes beraubt.

Strflingsrevolte. In der Strafanstalt der slowakischen Stadt Jlava, wo sich das bekannte magharische Internierungslager befand, ist am Sonnabend ein Strflingsaufstand ausgebrochen, der von einem wegen Spionage verhafteten magharischen Oberleutnant namens Bela Prodniz geleitet wurde. Als die Sträflinge um 2 Uhr nachmittags die gewohnte Arbeit in den Werkstätten antreten sollten, gab Prodniz mit den Worten: „Was wird jetzt sein?“ die verabredete Parole an, worauf sich die Sträflinge auf die Wchler stürzen, sie entwaffneten und die Flucht ergriffen. Es handelt sich um 74 Sträflinge, von denen 60 wieder eingekerkert sind. Acht Sträflinge wurden verletzt, davon drei schwer, während einer seinen Verletzungen erliegen mußte. Oberleutnant Prodniz wurde ebenfalls wieder eingekerkert; eine strenge Untersuchung ist eingeleitet worden.

Ein Mann, der sich Rgel in den Kopf schlägt. Der Arzt Dr. Henri Kene aus Karlsruhe hielt kürzlich in der medizinischen Akademie einen Vortrag über einen Wrtigen Neurotiker, der, um Selbstmord zu begehen, sich in einer einsamen Villa mit einem Stein zwei 3/4 Zentimeter lange Rgel in den Kopf schlug, die die Schdelwnde durchbohrten und in das Gehirn eindringen. Nachdem die Rgel entfernt worden waren, stetzte der Patient durch eines der Löcher eine Strhnadel. Das Wunderbare an der Angelegenheit ist, daß der hartnäckige Selbstmörder von seinen beiden Selbstmordversuchen keine üblen Folgen davontrug.

Ein Mnch als Volksführer. Die lebhafteste Agitation, die sich seit langem in Sizilien gegen die großen Feudalgrben richtete, führte kürzlich zu einer groß angelegten, bewaffneten Unternehmung von mehr als 2000 Kriegsteilnehmern, die zur Befreiung von Landgutern schritten. Der Zug war von vielen Frauen, Greisen und Kindern begleitet, die alle von großer Begeisterung erfüllt, ihrem Führer, einem Mnch, folgten, der dem Zug zu Pferde, das Kreuz in der Hand, voranzog. Die Güter wurden ohne Anwendung von Waffengewalt besetzt.

Wort ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand“, sondern der Verstand, das will sagen die Fähigkeit und Fertigkeit, auch an leitender Stelle zu stehen, will erst durch Arbeit und Praxis erworben werden. Denn das die bisherigen Grubenbesitzer und -leiter auch nach ihrer Enteignung in unangenehmer Weise wie früher ihre Kraft und Kenntnisse zur Verfertigung stellen, oder die Angestellten, die sie verdrängen sollen, anlernen, ist wohl kaum anzunehmen. Also eine gewisse Zeit zur Ueberleitung der Sozialisierung nach Rathenau in die nach Leberer ist anzunehmen, es brauchen durchaus nicht dreihundert Jahre zu sein. Eine Ueberführung gerade in der jetzigen allgemeinen schlechten Wirtschaftslage könnte nur schädliche Folgen haben, und zur Sozialisierung kommen wir, sobald genügend nichtkapitalistische Angestellte ihre Bewährung bewiesen haben, doch. Mit ja auch nach dem Rathenauischen Vorschlag jeder kapitalistische Leberer zugewiesen. Nehmen wir uns in dieser Beziehung die englischen Arbeiter zum Vorbild, die auch schon längst die Sozialisierung auf ihre Fähigkeit geschriebenen haben, ein gewalttames Vorgehen oder vermeiden; wissen sie doch, daß die Sozialisierung bestimmt kommt und sicherer in der ruhigen Entwicklung der Dinge als durch wirtschaftlichen Umsturz.

Das Ende der Fattnot.

Unsere grote Not ist neben vielen anderen Nöten die Fattnot. Butter und Schmalz sind in Deutschland wohl die beschsten Fette, jedoch werden die Hausfrauen und Speiseanstalten sehr gern Del als Fett nehmen. Ich sage, daß wir durch die Reproduktion von Speiseol die Fattnot ganz beheben können. Als Rassenolfrucht kommt Raps und Rübchen in Frage. Ohne gesetzliche Bestimmung des Anbaues geht es nicht, da die Landwirte nicht das Interesse für die Allgemeinheit haben. Raps ist nebenbei bemerkt eine vorzügliche Kulturpflanze, da sie den Boden für Weizen vorbereitet. Schließlich wird man eine entsprechende Vergütung für Raps, Rben, Mohl usw. sicherstellen müssen, denn um das Wort Geld dreht sich bekanntlich alles. Die weitere Rahmung liegt in der Aufsicht der weiblichen Kinder. Steigt der Milchpreis, so ist damit die Gefahr des weiteren Abstehens der Mütter verbunden. Hier muß auch eine gezielte Rahmung eingreifen.

Schweine wird es ja allmählich genug geben, da sich sehr viel Stdler Schweine füttern, aber Raps können die Stdler nicht bauen, weil sie kein Land haben. Die Landwirte nun sind in vielen Gegenden mit der Rapskultur nicht vertraut genug und werden sie aus freien Stnden und Unbequemlichkeitsgrnden freiwillig nicht anbauen, namentlich die kleineren nicht. Da muß behelfend durch Vorträge und Aufklrungsschriften geholfen werden; es ist wirklich nicht schwer. Morik, Admittistrator.

Schweizer Tru für sterreichische Industrien.

Die sterreichische Industrie hat einen Ausweg gesucht und gefunden, um die durch die politische Zertrmmung Oesterreich-Ungarns und durch die Wirtschaftskrisen zwischen den Nachbarstaaten der ehemaligen Doppelmonarchie geschaffene ungünstige Lage zu überwinden. Die großen Unternehmen haben ihre einzelnen Betriebe jetzt in Staaten, die sich gegenseitig durch Zollschranken von einander abschließen. Dadurch wird eine einheitliche Leitung unmöglich gemacht, ganz besonders von dem in den Nationalstaaten unmöglich zu bewerkstelligen Wien aus. Infolgedessen haben große Industriezweige Tru mit dem Siebe in der Schweiz gebildet. Von dort aus können sie, ohne dem Wunsch der Nationalstaaten auf Ver selbststndigung der in ihrem Gebiete liegenden Einzelbetriebe nachgeben zu müssen, den Vorteil der einheitlich geleiteten Großunternehmen ausnhen. Das grote Gebilde dieser Art ist der gewaltige Petroleumtr, der in Gen aus den Unternehmungen der Firma Janio mit einem Aktienkapital von 20 Millionen Schweizerfranken, gleichfalls einer Milliarde sterreichischer Kronen, geschaffen wurde und zu den

Wirtschaft

Zeitgewinnung für produktive Arbeit.

Auf dem Betriebsratelengre hat der Betriebsrat Kiel aus Holzwickede auf die Zeitverluste der Bergleute infolge Fehlens von Anfahrtschften hingewiesen. Wir erhlten hierzu folgende Ausführungen:

Zur Frage der Zeitgewinnung für die produktive Arbeitszeit verlangte ich die Niederbringung von Anfahrtschften in der Lage der weit vom Hauptschacht liegenden Abteilungen. Sie dürfen, wenn sie am richtigen Platz liegen, ihren Zweck, durch eine Teufung für zwei Hauptschfte den Weg unterirdisch anzukrzen, erfüllen, wenn der Anfahrtschacht im Mittelpunkte der beiden Hauptschfte seinen Platz findet.

Diesem Vorschlag steht die unvernünftige Tatsache der Abführung und der Scheidung des Privatbesitzes unter der Erde entgegen, die durch Sicherheits- bzw. Abgrenzungspfeiler festgelegt sind. Durch diesen sogenannten Sicherheitspfeiler bleibt ein gewaltiger Nationalwert unter der Erde begraben. Die Niederbringung eines Schachtes auf der Grenze würde sich doppelt so rentabel stellen, wenn somit der Zweck der Weggefhrung nach beiden Seiten von ihm getragen würde. Diese Frage wird nicht eher zu Lösen sein, bis die kapitalistische Wirtschaftsweise im Bergbau beseitigt ist. Einen wichtigen Faktor bedeutet die Anlagestnde, welche sich frnlos verstreut gehalten dürfen, weil dieses in den verschiedenen Gebergewrtigkeiten begründet liegt. Eine genaue Kalkulation lässt sich nicht machen, weil die Preise für Material dauernd schwankend sind. 6 Millionen als Kostenanschlag dürfen genügen, um die finanzielle Seite zu klären. Dem steht die Berechnung gegenüber, die ich auf dem Betriebsratelengre machte. Es dürfte der Beweis zu erbringen sein, daß sich diese Sache wohl rentieren würde, einerseits im volkswirtschaftlichen Interesse, andererseits zur Vergeltung des Anlagekapitals.

Als Bergmann, der 20 Jahre praktisch gearbeitet hat, will ich auch die zu ausgedehnten Steigerabteilungen demngeln. Keine Bauabteilung dürfte mehr wie 100 Meter „Streichen“ sein, weil bei langen Abwrtungen der Zeitverlust für den Transport der Kohlen allzu sehr ins Gewicht fällt. Auch die Reparaturen sowie die Instandhaltung der Strecken dürfen das produktive Ergebnis in einem weit ausgedehnten Bau gewaltig vermindern. Dem Auf nach Sozialisierung, den ich aussteh, möchte ich die Begründung geben, daß die Verlegung des Bergbaus allzu schwer unter dem Herrschaft der Kapitalisten festschlieend belastet sind. Damit ist der Verkaufszoll und die Arbeitsfreudigkeit unterbunden. Wird nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen im Bergbau aufgehoben, so wird es keine Arbeitsfreudigkeit geben. Ohne Arbeitsfreudigkeit aber keine Kollektivleistung.

Sozialisierung im Bergbau.

Die vom Deutschen Bergmeisterverband für die technischen Grubenbeamten herausgegebene „Bergwacht“ schreibt in ihrem Leitartikel u. a.: „Die Bedingungen für die Sozialisierung sind beim Bergbau, vor allem beim Kohlenbergbau, wie bei keinem anderen Gebiete gegeben. Soll man sich aber nun entscheiden, ob man sofort für Vollsozialisierung eintreten soll oder nicht, so kommen doch gewisse Bedenken. So sympathisch einem der auf sofortige Vollsozialisierung gerichtete Vorschlag Leberer ist, kann man ihm doch auch nicht ganz folgen. Er stellt an die in seinem Zukunftsbetriebe beschäftigten Angestellten Anforderungen, denen sie zurzeit noch nicht genügen können. Hier heißt es nicht: „Wenn

Groß-Berlin

Wie Schöneberg wurde.

Die kommunalhistorische Ausstellung der Stadt Schöneberg wurde gestern im neuen Rathaus am Rudolf-Wilde-Platz mit einer kleinen Feierlichkeit eröffnet. Im Namen der Kunstdeputation und als Vorsitzender der Ausstellungskommission begrüßte der Maler Hans Volkmann die erschienenen Gäste, unter denen viele Mitglieder der Gemeindeverwaltung und Angehörige alteingesessener Familien waren. Oberbürgermeister Dominicus erinnerte an die jahrelangen Bemühungen der Kunstdeputation, aus dem Besitz der Stadt und privater Personen und aus den Archiven der Gemeinde und Staatsbehörden alles zusammenzutragen, was über Schönebergs Geschichte belehren kann. Er wies hin auf den aus dieser kommunalhistorischen Ausstellung ersichtlichen Aufschwung, den Schöneberg in der neueren Zeit gehabt hat, und knüpfte daran den Wunsch, daß auch in der großen Einheitsgemeinde Berlin die einzelnen Verwaltungsbezirke eine möglichst selbständige Unterverwaltung führen sollten.

Besreich und reizvoll ist diese Ausstellung nicht nur für alte und jüngere Einwohner Schönebergs, sondern für jeden Groß-Berliner. Sie zeigt, wie das neuere Schöneberg wurde, wie unter dem Einfluß der Nachbarschaft Berlins in wenigen Jahrzehnten das bescheidene Dorf zu einer bedeutenden Großstadt heranwuchs. Neben Plänen aus dieser Zeit einer fast amerikanischen raschen Entwicklung sind auch sehr interessante ältere Pläne ausgestellt. In die ältere Zeit des Dorfes reichen auch Altensätze zurück, die von der Regierung zu Potsdam für die Ausstellung hergeliehen sind. Ein Kuriosum ist die ehemalige Gemeindefasse, die aus einem unheimlichen kleinen Holzstücken besteht. Das Hauptstück der Ausstellung sind die zahlreichen Bilder aus dem alten Schöneberg, die Gemälde, Zeichnungen und Photographien von Straßen und Grundstücken des stillen Dorfes. Manchem Betrachter mag sich da der Gedanke aufdrängen, daß es damals trotz Schweinefall und Misthäuten „gemühtlicher“ in Schöneberg war.

Die Ausstellung, deren Besichtigung sehr zu empfehlen ist, bleibt bis zum 25. November geöffnet. Sie kann an allen Wochentagen von 10—5 Uhr unentgeltlich besucht werden.

Der Übergang zum neuen Berlin.

Wann werden die Bezirksversammlungen einberufen?

In letzter Zeit war die Frage aufgeworfen worden, von welcher Seite und wann die am 20. Juni d. J. gewählten Bezirksversammlungen einzuberufen sind. Nach der von dem Aufsichtsrat geteilten Meinung der provisorischen Stadtverwaltung wird, wie das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats mitteilt, eine der ersten Handlungen des neuen Magistrats, sobald er endgültig bestellt ist, die Einberufung sein müssen. Aber die Bezirksversammlungen werden nur dann eine Tätigkeit entfalten können, wenn sie in der Lage sind, alsbald ihre Bezirksämter zu wählen; das aber setzt wiederum voraus, daß gemäß § 23 des Berliner Gesetzes die Zahl und Befoldung der Mitglieder des Bezirksrates von den neuen städtischen Behörden festgesetzt ist. Auch hieraus geht hervor, wie notwendig es ist, daß die neuen städtischen Behörden endgültig zusammentreten.

Die Fraktion der Unabhängigen, Richtung Adolf Hoffmann, hat sich gestern im Berliner Rathaus gebildet. Vorsitzende sind: Otto Gabel, Richterberg und Reichner Mag. Dörr, Berlin. Durch den Zutritt des Magistratsratsarbeiters Gustav Dognier erhöhte sich die Zahl der Mitglieder auf 22. Auch der Stadtrat plante Berlin ist dieser Gruppe beigetreten.

Die „Freiheit“ entfacht einen kleinen Sturm im Wasserloose, weil wir in unserem gestrigen Bericht über die Sitzung der Unabhängigen Stadtverordnetenfraktion an erwähnt haben, daß Stadt-

rat Reid mit großer Wärme für ein weiteres Zusammenarbeiten mit den Neulommunisten eingetreten sei, aber nur geringes Entgegenkommen gefunden habe. Um einer Legendenbildung von vornherein vorzubeugen, bemerkt die „Freiheit“, daß Reid nur der selbstverständlichen Anschauung Ausdruck gab, daß die Unabhängige Fraktion nicht die Absicht habe, die Neulommunisten von der Magistratsbildung auszuschließen, sofern sie selbst ihre Beteiligung am Magistrat unter den früher gemeinsam festgelegten Grundbedingungen wünschen. Nach der Trennung haben denn auch die Neu-

Heute Kreisversammlungen:

1. Wahlkreis, Tiergarten: 87. bis 41. Abt. 7 Uhr Rixdiner Oberrealschule, Rixdingerstr. 2. Saalkontrolle hat 80. Abt.
2. Wahlkreis, Wedding: 7 Uhr Aula des Schillerlyzeums, Pant., Ecke Völknerstraße.

Berichterstattung vom Parteitag.

Referenten: Schlegel, Cohen-Reuß, Theodor Fischer.

Kommunisten ihre Bereitwilligkeit erklärt, an den Magistratsbildung teilzunehmen.

Wir möchten unsererseits dazu bemerken, daß in unserem Bericht die Frage der Magistratsbildung mit keinem Wort gestreift wurde.

In unserer Mitteilung über die nun auch in der Berliner Stadtverordnetenfraktion der Unabhängigen vollzogene Spaltung ist verlesenlich die Stadtverordnete Genossin Kulide unter die Neulommunisten geraten. Sie hat niemals zu den Unabhängigen gehört und konnte daher auch nicht zu den linksunabhängigen Neulommunisten abwandern. Genossin Kulide ist alles treues Mitglied der S. P. D.

Die 55-Millionengeschäfte des Reichsausschusses.

Die Verhaftung des Reichsausschusses a. D. Böhmer, des früheren Syndikus der Niederdeutschen Handels-Aktien-Gesellschaft in Berlin, über die wir im gestrigen Abendblatt berichteten, dürfte weitere Kreise ziehen, da nach der Festnahme Böhmers jetzt auch Nachforschungen darüber angestellt werden können, auf welche Weise es möglich gewesen ist, aus den Geschäftsräumen des Reichsausschusses für Ein- und Ausfuhr Blankoformulare verschwinden zu lassen.

Die Geschäfte Böhmers übersteigen schon jetzt den Betrag von 55 Millionen Mark, und es ist noch gar nicht abzusehen, ob der endlich Verhaftete nicht noch an weiteren dergleichen Transaktionen beteiligt gewesen ist. Im April d. J. lernte Böhmer im Bureau der Niederdeutschen Handels-Aktien-Gesellschaft durch den ebenfalls verhafteten Dolmetscher Hahn einen Herrn Riefeler aus München kennen, der erzählte, daß er von einer Münchener Firma für 400 000 M. Flugmotoren aus dem Besitz der Bayerischen Heeresverwaltung gekauft habe, die nach Argentinien weiter verkauft werden sollten. Leider erhalte man keine Ausfuhrbewilligung, und so werde das Geschäft wohl scheitern. Böhmer beauftragte die Ausfuhrbewilligung innerhalb von vier Tagen. Angeblich will Böhmer die Ausfuhrscheine von einem Beamten Köhne im Reichswirtschaftsamt erhalten haben, doch hat sich herausgestellt, daß es einen Beamten dieses Namens überhaupt nicht gibt. Vielmehr deuten Spuren darauf hin, daß Böhmer selbst gewisse Beziehungen zu amtlichen Stellen unterhalten und dort Mitarbeiter gehabt hat. Mit Hilfe der Ausfuhrscheine, die unversehrt echt und mit dem Passivstempel des Reichsausschusses nach Argentinien ausgeführt wurden, wurden die Motoren anstandslos nach Argentinien ausgeführt. In dem zweiten Fall, der die Ausfuhr von Holz in Höhe von 85 Millionen Mark nach Polen betrifft, besaßte Böhmer die notwendigen Papiere innerhalb zweier Tage. Er erhielt die Ausweise, die ordnungsmäßig gestempelt waren, und drei Ausfuhrbewilligungen im Werte von je 11 1/2 Millionen enthielten, ohne die erforderlichen Registraturnummern des Kommissars für Ein- und Ausfuhr. In dem dritten bis jetzt bekannten Fall, bei dem Böhmer sich gefälschte Bescheinigungen des Reichsausschusses bediente, handelt es sich um ein noch nicht ganz aufgeklärtes Geschäft der Stadt Eiberfeld.

Die Untersuchung ist nun bemäht, festzustellen, durch wen die Ein- und Ausfuhrscheine aus den Bureau des Reichsausschusses entwendet und Böhmer in die Hand gespielt worden sind.

Die Juristische Sprechstunde fällt heute aus.

Neuaufbau im Konsum.

Aus Konsumgenossenschaftskreisen erhalten wir folgende Zuschrift: Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung hat ihr 21. Geschäftsjahr abgeschlossen. Die am Mittwoch, den 27. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der „Neuen Welt“, Potsendstraße 108—114, stattfindende Generalversammlung wird sich mit den Ergebnissen des letzten Geschäftsjahres beschäftigen, außerdem die wichtigen Erneuerungswahlen zum Aufsichtsrat vollziehen und weiterhin über einen bedeutsamen Antrag der Verwaltung auf Änderung des § 5 des Statuts (Erhöhung des Geschäftsanteils von 60 auf 180 M.) Beschluß fassen.

Die Konsumgenossenschaft Berlin hatte einen glänzenden Aufstieg genommen, die sie mit an die Spitze der deutschen Konsumgenossenschaften führte. In den letzten Jahren wurde indes die innere Verfassung gestört — die Parteipolitik warf auch ihre Schatten in die genossenschaftliche Organisation, während die alte Leitung bemüht war, die politischen Anstöße von der wirtschaftlichen Konsumgenossenschaft fernzuhalten. Die neuen Personen traten an die Stelle von Genossenschaftlern, die durch jahrelange aufopfernde Tätigkeit und Pflichterfüllung dem Genossenschaftsgedanken in Berlin die Wege geebnet hatten. An die Stelle der ausführenden Vorstandsmitglieder wurden ausnahmslos Personen berufen, die mit dem U. S. P. Mitgliedsbuch ihren Geschäftsnachweis erbrachten. Die der neue Geist sich bemäht, welche Wirkung er auf die Entwicklung der Genossenschaft ausübt, das zeigt ein Blick in den Geschäftsbericht.

Die Eigenproduktion der Genossenschaft, besonders die Bäckerei, hatte früher Jahr für Jahr, selbst in den Kriegsjahren mit ihren hemmenden Einflüssen, Fortschritte zu verzeichnen. Das letzte Jahr bringt indes in der Quantität des Produkts einen nicht unbedeutlichen Rückgang trotz Steigerung der Mitgliederzahl, trotz Vermehrung der Verkaufsstellen. Nach Seite 17 des Geschäftsberichts ist die Zahl der hergestellten Brote von 11 492 756 auf 11 255 830, also um 208 426 Stück gesunken. Die im Geschäftsbericht angeführten Erklärungen hierfür entbehren, besonders wenn man die gestiegene Mitgliederzahl berücksichtigt, jeder Begründung. Eine höchst wichtige Erklärung findet man jedoch in dem Umstand, der auch als Beweis für die Wirkung des neuen Geistes gelten kann: daß der Prozentfuß der laufenden Mitglieder weiter gesunken ist. Nach S. 22 des Geschäftsberichts belief sich die Zahl der laufenden Mitglieder im Jahre 1916/17 auf 71,64 Proz., 1917/18 auf 65,88 Proz., 1918/19 auf 63,82 Proz. und im Jahre 1919/20 nur noch auf 61,56 Proz. der Gesamtmitgliedschaft. Dieser Rückgang des Prozentfußes der laufenden Mitglieder auf den niedrigsten Stand der letzten zehn Jahre hat zum Teil seine Ursache in der mangelhaften Propaganda innerhalb der Genossenschaft; die rührige Arbeit der früheren Verwaltungsmittelglieder ist durch die neuen Verwaltungsmittelglieder nicht ersetzt worden.

Der Geschäftsbericht appelliert ferner an die erhöhte Anteilnahme der Mitglieder in der genossenschaftlichen Betätigung. Dieser Appell ist mit allem Nachdruck zu unterstützen, jedoch mit der Forderung zu verbinden, daß allen Richtungen innerhalb der Mitgliedschaft die ihnen gerechteste Weise zukommende Vertretung in den leitenden Körperlichkeiten zuerkannt wird. Ein Antrag aus Mitgliederkreisen an die Generalversammlung, der zum Ziel hat, eine Änderung des Genossenschaftsgesetzes herbeizuführen, um die Möglichkeit zu schaffen, jeder vorhandenen Mächtigkeit in der Genossenschaft die ihr gebührende Vertretung in der Genossenschaftsverwaltung zu sichern, ist eingereicht und wird sicherlich die Unterstützung aller auf dem Boden der Demokratie stehenden Generalversammlungsbesucher finden. Die zur Änderung des Genossenschaftsgesetzes jedoch gilt es, die einseitige unabhängige-Lommunistische Zusammenlegung des Aufsichtsrats zu befechtigen. Eine Liste zur Aufsichtsratswahl, die nach diesen Grundfahnen aufgestellt ist, wird in der Generalversammlung

Das Licht der Heimat.

44) Von August Hinrichs.

Er begann an ihr zu zweifeln, aber wenn er ihr Vorkhaltungen machte, sah sie ihn stolz an: „Schenk ich Dir nicht genug?“ Dann mußte er schweigen — sie schenkte königlich. Er wurde nicht müde, ihr die Zukunft auszumalen und das Heim, in dem sie wohnen wollten. Aber was ihn unendlich beglückte, berührte sie nicht einmal. Wenn er, selig sein Glück ausspannend, von der künftigen Häuslichkeit sprach und wie ein Kind sie ausstammelte bis ins kleinste, beugte sie sich über ihn: „Du träumst“, sagte sie nur, „küh mich lieber.“ Dann erschrak er mitunter vor ihrer Mut.

Es kam kein Geld mehr heran. Die Unterstühtungen konnten nicht mehr ausbessert werden; die Leute darboten, aber sie hielten zusammen. „Nur noch kurze Zeit“, tröstete Dierk, und sie glaubten ihm. Von neuem versuchte er, mit den Röhren zu verhandeln — sie lehnten scharf ab als zuerst. Verbindunglose Unterwerfung, erst die Arbeit wieder aufnehmen, dann wollte man sehen, ob vielleicht der Lohn erhöht werden konnte. Als Dierk der Versammlung den Bescheid brachte, brach ein Sturm los, Flüche und Verwünschungen ertönten: „Schlagt sie nieder.“ Ichrie einer und brang auf den Tisch; Weifen und Nohlen schrie durch den Saal. Mit Mühe beruhigte Dierk die Enttäuschten. Gottlob, noch hielten sie zusammen.

Die Tage schlössen hin, Anarimig verzehrten die Leute ihre letzten Erparnisse, bei manchen war kein Stück Brot mehr im Haus. Dierk wachte, seine Fabrik hatte Lieferungsverfristen mit hoher Strafe, wenn die Frist nicht eingehalten wurde. Sie mußte ihre Tore öffnen oder untergehen. Und sie öffnete ihre Tore. Aber nur ein Haufen Ausländer war es, den sie einließ.

Nest qualmten die Schornsteine und die Räder liefen. Im Ru ruhten es alle. Eine ungeheure Menge drängte sich abends vor den Toren, mit Knütteln bewaffnet, unheimlich in ihrer finsternen, schweigenden Entschlossenheit. Sie standen bis in die Nacht, Nacht zu nehmen an den Dieben, die ihnen die Arbeit nahen; aber sie honden umsonst, niemand kam heraus. Wie man es plötzlich wachte: sie schlössen in der Fabrik, sie kommen überhaupt nicht heraus, sie arbeiten nur! Da stieg ein Mutardrill auf, krachend trieb man die Torflügel ein und stockte dann läh: — Befehlsrufe schallten, zwei Kanonarende Reihen von Gewehrflüssen blühten auf dem Hof — ohnmächtig knirschend, veraweffelt, wälzte sich die Menae rückwärts. Von hinten flogen Steine und Kuppel auf die Soldaten, ein neuer

Befehl, sählern und hart knackten die Gewehrflücker; da war Entsetzen die Masse zurück in wilder Flucht.

Und die Schornsteine qualmten weiter. Bis in die Arbeiterviertel hinein hörte man das dumpfe, höhnische, schlürende Summen und Surren der Räder.

Uneträglich war's, das zu hören; uneträglich, dabei mühsig zu gehen und kein Brot zu haben — kein Brot!

Dierk gab das allerletzte hin, was er besah — für die Tausende war es ein Tropfen.

Er tröstete, beruhigte, wo er nur konnte; man hörte ihm noch zu, stumm, halb hoffend und halb zweifelnd.

Aber wie eine dumpfe Schwüle lag es in der Luft, heimlich großte und gürte es in der Tiefe. Es war wie das atembeklemmende, erste satternde Ahnen eines Sturmes, der die Wellen aufwühlen mußte bis auf den tiefsten Grund. Dierk spürte es, und er wartete, selbst von einer dumpfen Verzweiflung gefaßt.

Und der Sturm kam. Er schlief in diesem Saal voll ausgehungertes, leerschoffter und betrogener Menschen, die noch einmal wieder, wie am ersten Tage, sich bis in Gänge und Straßen drängten, Kopf an Kopf.

Noch sprach keiner, ein schwees Flüstern nur rauschte unter aneckten Köpfen.

Dierk trat in den Saal. Stumm wurde er empfangen, stumm gab man Raum, daß er die Bühne erreichte.

Und nun stand er oben und sah herab auf alle die tausend Menschen. Da war kein Herr, das sah ihm nicht aufschauen hatte in gläubigem Vertrauen, kein Mund, der ihm nicht zugejubelt und keine Stirn, die sich nicht kühner und freier erhob hatte, als er ihnen das Lied der Freiheit sang aus seiner eigenen heißen Sehnacht heraus.

Er war ihr Bruder und ihr Führer. Wie oft hatte er hier oben gestanden und gesprochen — jetzt wollte er beginnen und fand nicht das rechte Wort. Was ihm sonst mühelos wie ein rauschender Wind aufströmte, das mußte er jetzt künstlich formen aus dem Verstand heraus. Und es hallte leer durch den Saal. Sont fielen die blinkenden Körner seiner Rede in weichen Aderboden, der sie begierig aufnahm, jetzt spitten sie ab, webten darüberhin wie Schneeflocken über eine Eisdecke. Er fühlte dies stille Abwehren, diesen Hauch von Kälte, der über den Gesen lag. Er wollte ihn durchdringen, er formte die Worte kunstvoller und schärfer, er gab sich Mühe, und der Schwach trat ihm in großen Tropfen auf die Stirn.

Rauslos hörten die Menschen ihm zu.

Und mitten in die Stille hinein, während er gerade einen neuen Gedanken umräte, sagte plötzlich einer ganz laut: „Das

mag alles wahr sein, aber wer gibt uns jetzt Brot?“

Dierk wollte weiter sprechen, da rief dieselbe Stimme noch einmal: „Sag uns lieber, wer gibt uns jetzt Brot?“

Er stockte und trat, unsicher gemacht durch die Unterbrechung, ganz vorn an die Rampe, um zu sehen, wer der Sprecher war. Alle Menschen wurden unruhig, drehten die Köpfe und drängten nach vorn.

Das Meer von Gesichtern bewegte sich und brandete zu ihm heran, er suchte unter all diesen Augen nach einem einzigen Paar, das warm und vertrauensvoll zu ihm auf sah — aber wie kalt sie ihm jetzt alle vorkamen. Was hatte er denn mit diesen Menschen gemein? Kühll sah er über sie weg. Da suchte er zusammen. In einer der ersten Reihen stand eine alte Frau, Unterwandt sah sie ihn an, funkelnd und böse, jede Falte ihres Gesichtes in Haß getaucht. Und plötzlich wachte er, daß die ganze Menge ihn haßte, daß sie alle, wie diese Frau, geduldig lauerten, bis ihre Zeit da war. Bis ihr Haß auslodern würde in einer ungeheuren Flamme, um ihn zu verdrängen. Er erschrak nicht, er schwieg still und wartete darauf.

Und als die Menschen ihn nicht mehr sprechen hörten, drängten sie noch mehr nach vorn. Sie riefen ihm etwas zu, immer lauter und unbeduldiger, zorniger und drohender. Er sah ihre geballten Fäuste sich aufdrängen, hörte sie trampeln und brüllen, aber er achtete auf das alles nicht. Er sah nur immer die Frau an, dies schmale, ausgehungerte, elende Gesicht mit den blutleeren Lippen und den brennenden Augen. Und er sah, wie sich ihr Ausdruck langsam wandelte und immer höhnischer, wilder und rachsüchtiger wurde. Jetzt öffnete sie den Mund, ihre Finger spreizten sich und griffen lachend umher — sie redete sich auf — da gestalte sich ihr satternder Schrei durch den Saal, ein Geanstand wurbelte durch die Luft und Dierk fühlte einen heftigen Schmerz an der Stirn. Warmes Blut rann ihm übers Gesicht; er sah nichts mehr, hörte nur ein müdes Blölkern und Dröhnen; Gläser, Flaschen, Stühle schmetterten auf die Bühne. Er stand ganz still, das war das Geruch! Es war so natürlich, er dachte gar nicht daran, sich zu wehren, dachte gar nicht an Flucht; es mußte ja so kommen.

Da kaupte der Vorhang nieder und trennte ihn plötzlich von der Menae. Dörner, der die Schwüre zerhackt hatte, sah seinen Arm und rief ihm mit sich fort. Rubia ging Dierk mit, langsam stieg er ein paar Stufen hinauf und aelargate durch eine Sintertür ins Freie. Draußen blieb Dörner stehen, unheimlich allichten seine Augen aus dem bleichen Gesicht, er rechte den höheren Arm in die Höhe, trambstoff audien die schmalen Kinnern, und über seine blutleeren Lippen rann es sich heiß, schließend, mit verzweifelter Hoffnung: „Und doch!“ Aber Dierk hörte es nicht.

(Fortf. folgt.)

zum Vorschlag gelangen. Es ist zu erwarten, daß alle Freunde einer geordneten genossenschaftlichen Weiterentwicklung in der Generalversammlung erscheinen und ihre Stimmen auf diese Liste, die mit dem Namen des früheren langjährigen Aufsichtsratsmitgliedes und Vorsitzenden des Aufsichtsrats Güttler beginnt, vereinigen. Es gilt die Genossenschaft in die früheren Bahnen, die einen stetigen Aufstieg sicherten, zurückzuführen und das große Sozialisierungsunternehmen, die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend vor dem Niedergang zu bewahren.

Der Neubau der Angestelltenversicherung.

Der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte sind die Räume, die sie in Privatwohnhäusern bisher am Hohenjollerndamm inne hat, zu eng geworden und sie schreibt dazu einen großen Neubau, der der gesamten Verwaltung Raum gewähren soll, zu errichten. Ursprünglich sollte dieses Gebäude außerhalb Berlins erbaut und damit auch die Leitung der Reichsversicherungsanstalt nach außerhalb verlegt werden. Dieser absurde Gedanke wurde durch das energische Auftreten der Angestelltenvertreter im Verwaltungsrat und Direktorat verhindert. Die Ausführungen zu dem großen Mißverständnis sind bereits erfolgt. Damit steht den Bauarbeitern und hauswirtschaftlichen Angestellten ein größerer Auftrag in Aussicht, der geeignet ist, in den Zeiten der großen Arbeitslosigkeit wenigstens wie ein Tropfen auf den heißen Stein zu wirken.

Zusammenfassend sind die Selbsthilfsgenossenschaften der Bauarbeiter und Techniker, die Produktivgenossenschaften, nicht zur Verwirklichung aufgegeben worden. Gerade bei solchen Gebäuden, die zum großen Teil aus den Geldern der Angestellten entstehen, muß erwartet werden, daß eine Bevorzugung des privaten Unternehmens ausbleibt. Die Versicherer selbst werden ein großes Interesse daran haben, daß ihr Verwaltungsgebäude so gut und so billig wie möglich hergestellt wird und daß dabei die heute besonders großen Unternehmensgewinne ausgeschaltet werden. Sie fordern deshalb, daß auch die im Verband sozialer Baubetriebe zusammengeschlossenen Genossenschaften, wie z. B. die „Genossenschaftliche Bau- und Betriebsgenossenschaft Großberlin“, die „Wohlfahrt“ und andere zum Wettbewerb zugelassen werden. Hier sollte den auf sozialem Boden stehenden Arbeitsorganisationen der Hand- und Kopfarbeiter des Baugewerbes Gelegenheit gegeben werden, den Nachweis ihrer Leistungsfähigkeit zu erbringen.

Die bedrohte Selbständigkeit der Elternbeiräte.

Der Vorstand des Bezirksverbandes Groß-Berlin des Bundes entschiedener Schulkollegen erhebt Einspruch dagegen, daß der Stadtschulrat früher in einem Rundschreiben der Sachlichen Schulpflicht an die Berliner Elternbeiräte diesen in hundertprozentiger und subjektiver Auslegung der ministeriellen Erlasse für die Elternbeiräte Paragrafen macht, die geeignet sind, alles selbständige und unrichtige Wirken der Elternbeiräte abzuwehren, ferner, daß der Minister das Bestehen der Elternbeiräte, an dem immer Schulleben teilzunehmen und dazu sich durch Einblick in Unterricht und Ordnung die nötigen Kenntnisse zu verschaffen, grundsätzlich verurteilt und ablehnt, und daß er durch seine Bestimmungen über die Kostendeckung der Elternbeiräte die Schulpflichtverpflichtungen geradezu beraubt, den Elternbeiräten keine befriedigenden Mittel zu bewilligen, wozu sonst zahlreiche Gemeinden bereit waren.

Der Bund entschiedener Schulkollegen fordert die Elternbeiräte auf, durch Sammlung von Mitteln in den eigenen Reihen und durch Zusammenschluß der einzelnen Elternbeiräte zu Orts-, Kreis-, Provinz-, Landesverbänden dafür Sorge zu tragen, daß nicht dieser bedrohende Versuch, aus der Schule als „Anwalt“ für's Volk die Erziehungs- und Lebenshilfe zum Volk durch das Volk zu machen, völlig ergebnislos endige, in Gleichgültigkeit und Verdüsterung auslaufe.

Freihaltung der Uferwege. Von vielen Wanderlustigen wird berechtigter Weise darüber geklagt, daß der Zugang zu den Seen und Wasserläufen der Allgemeinheit häufig durch private Anpflanzungen gesperrt ist. Der Minister für Volkswohlfahrt hat jetzt in einem bemerkenswerten Erlaß die Regierungspräsidenten angewiesen, noch Möglichkeit auf eine Freihaltung der Fluß- und Seeufer für den Wanderverkehr hinzuwirken und insbesondere auch die Verschandelung der Ufer durch verunreinigte Wägen und Kellereispeicher zu verhindern. Wenn bisher auch das Recht der Allgemeinheit auf die Seeufer noch nicht gesetzlich festgelegt ist, so bietet doch die bisherige Gesetzgebung den Gemeinden bereits ausreichende Handhaben, um die Freihaltung der Seeufer durch Beseitigung der Verschmutzung zu schützen und die für Uferwege erforderlichen Flächen im Wege der Enteignung zu erwerben. Romanisch die Verunreinigungen sowie die Vorschriften des Wohnungsgesetzes bieten hierfür rechtliche Grundlagen. Es ist danach sehr wohl möglich, durch Beseitigung der Verschmutzung, daß an bestimmten zu bescheidenden Seen im Interesse der Heimatschutzbewegung eine bestimmte Entfernung, z. B. 20 Meter, von den Ufern haben müssen.

Festsetzung an Kaufhäuser Erwerblose. An die in Neubau unterhaltenen verheirateten Erwerblosen gelangen für die Zeit vom 20. bis 26. Oktober je 1/2 Pfund Fett zum Preise von 4,30 M., an die ledigen Erwerblosen je 1/4 Pfund zum Preise von 2,15 M. in den Neubauer Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend gegen Vorlage des von der Erwerblosenfürsorge gestempelten Bezugsscheines zur Ausgabe.

Entlastung der Städte durch Umsiedlung. Die großen Schwierigkeiten unserer Ernährungswirtschaft und die unglückliche Konzentration großer Bevölkerung in wenigen großen Städten, die daraus entspringende allgemeine Wohnungsnot und das soziale Elend breiter Volksschichten verlangen gebieterisch trotz der gegenwärtigen Unruhen das Problem einer Umsiedlung der großstädtischen Bevölkerung in den Mittelpunkt aller wirtschafts- und sozialpolitischen Erwägungen zu stellen und eine Umsiedlung aus der Großstadt auf das Land in die Wege zu leiten. In diesem Zwecke hat der Deutsche Verein für Wohnungsreform Berlin, Am Karlsbad 20, L. dessen Tätigkeit stets auf eine durchgreifende Verbesserung unserer Wohnungsverhältnisse und Anpflanzungsziele, so den seine Mitglieder und Freunde zu einer Tagung mit dem Thema: „Umsiedlung auf Land, Entlastung der Städte durch Umsiedlung“ nach Berlin, Großer Saal des ehemaligen Herrenhauses, Berlin, Leipziger Str. 3, auf Montag und Dienstag, den 22. und 23. November, eingeladen. Eine Reihe von Vorträgen sind von ersten Sachkennern auf dem Gebiet des Wohnungs- und Siedlungswezens übernommen worden.

Die Kündigung gegenüber Schwerebeschädigten. Der Reichsrat hat einer Vorlage des Reichsarbeitsministeriums seine Zustimmung erteilt, wonach auch über den 22. Oktober 1920 hinaus die Kündigung gegenüber Schwerebeschädigten nur mit Zustimmung der Hauptfürsorgestellen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebenen zulässig ist. Die Vorlage wird den Schwerebeschädigten in der Zeit der heutigen Wirtschaftskrise den unbedingt erforderlichen Schutz auf dem Arbeitsmarkt auch weiterhin zuteil werden lassen. Es kann erwartet werden, daß die Hauptfürsorgestellen die vorgeschriebene Zustimmung zu den Kündigungen nur in ganz besonderen Ausnahmefällen erteilen werden und daß im Hinblick darauf in Arbeitgeberkreisen auf Kündigungen verzichtet wird.

Sittliche Hochschulen für Stenotypistinnen. Zur Ausbildung von tüchtigen Maschinenschreiberinnen sind an drei städtischen Hochschulen für Mädchen Hochschulen für Ma-

schinenschreiben und Kurzschrift eingerichtet, nämlich: 1. Städt. Hörsaal, 2. Städt. Hörsaal, 3. Städt. Hörsaal, 4. Städt. Hörsaal, 5. Städt. Hörsaal, 6. Städt. Hörsaal, 7. Städt. Hörsaal, 8. Städt. Hörsaal, 9. Städt. Hörsaal, 10. Städt. Hörsaal, 11. Städt. Hörsaal, 12. Städt. Hörsaal, 13. Städt. Hörsaal, 14. Städt. Hörsaal, 15. Städt. Hörsaal, 16. Städt. Hörsaal, 17. Städt. Hörsaal, 18. Städt. Hörsaal, 19. Städt. Hörsaal, 20. Städt. Hörsaal, 21. Städt. Hörsaal, 22. Städt. Hörsaal, 23. Städt. Hörsaal, 24. Städt. Hörsaal, 25. Städt. Hörsaal, 26. Städt. Hörsaal, 27. Städt. Hörsaal, 28. Städt. Hörsaal, 29. Städt. Hörsaal, 30. Städt. Hörsaal, 31. Städt. Hörsaal, 32. Städt. Hörsaal, 33. Städt. Hörsaal, 34. Städt. Hörsaal, 35. Städt. Hörsaal, 36. Städt. Hörsaal, 37. Städt. Hörsaal, 38. Städt. Hörsaal, 39. Städt. Hörsaal, 40. Städt. Hörsaal, 41. Städt. Hörsaal, 42. Städt. Hörsaal, 43. Städt. Hörsaal, 44. Städt. Hörsaal, 45. Städt. Hörsaal, 46. Städt. Hörsaal, 47. Städt. Hörsaal, 48. Städt. Hörsaal, 49. Städt. Hörsaal, 50. Städt. Hörsaal, 51. Städt. Hörsaal, 52. Städt. Hörsaal, 53. Städt. Hörsaal, 54. Städt. Hörsaal, 55. Städt. Hörsaal, 56. Städt. Hörsaal, 57. Städt. Hörsaal, 58. Städt. Hörsaal, 59. Städt. Hörsaal, 60. Städt. Hörsaal, 61. Städt. Hörsaal, 62. Städt. Hörsaal, 63. Städt. Hörsaal, 64. Städt. Hörsaal, 65. Städt. Hörsaal, 66. Städt. Hörsaal, 67. Städt. Hörsaal, 68. Städt. Hörsaal, 69. Städt. Hörsaal, 70. Städt. Hörsaal, 71. Städt. Hörsaal, 72. Städt. Hörsaal, 73. Städt. Hörsaal, 74. Städt. Hörsaal, 75. Städt. Hörsaal, 76. Städt. Hörsaal, 77. Städt. Hörsaal, 78. Städt. Hörsaal, 79. Städt. Hörsaal, 80. Städt. Hörsaal, 81. Städt. Hörsaal, 82. Städt. Hörsaal, 83. Städt. Hörsaal, 84. Städt. Hörsaal, 85. Städt. Hörsaal, 86. Städt. Hörsaal, 87. Städt. Hörsaal, 88. Städt. Hörsaal, 89. Städt. Hörsaal, 90. Städt. Hörsaal, 91. Städt. Hörsaal, 92. Städt. Hörsaal, 93. Städt. Hörsaal, 94. Städt. Hörsaal, 95. Städt. Hörsaal, 96. Städt. Hörsaal, 97. Städt. Hörsaal, 98. Städt. Hörsaal, 99. Städt. Hörsaal, 100. Städt. Hörsaal, 101. Städt. Hörsaal, 102. Städt. Hörsaal, 103. Städt. Hörsaal, 104. Städt. Hörsaal, 105. Städt. Hörsaal, 106. Städt. Hörsaal, 107. Städt. Hörsaal, 108. Städt. Hörsaal, 109. Städt. Hörsaal, 110. Städt. Hörsaal, 111. Städt. Hörsaal, 112. Städt. Hörsaal, 113. Städt. Hörsaal, 114. Städt. Hörsaal, 115. Städt. Hörsaal, 116. Städt. Hörsaal, 117. Städt. Hörsaal, 118. Städt. Hörsaal, 119. Städt. Hörsaal, 120. Städt. Hörsaal, 121. Städt. Hörsaal, 122. Städt. Hörsaal, 123. Städt. Hörsaal, 124. Städt. Hörsaal, 125. Städt. Hörsaal, 126. Städt. Hörsaal, 127. Städt. Hörsaal, 128. Städt. Hörsaal, 129. Städt. Hörsaal, 130. Städt. Hörsaal, 131. Städt. Hörsaal, 132. Städt. Hörsaal, 133. Städt. Hörsaal, 134. Städt. Hörsaal, 135. Städt. Hörsaal, 136. Städt. Hörsaal, 137. Städt. Hörsaal, 138. Städt. Hörsaal, 139. Städt. Hörsaal, 140. Städt. Hörsaal, 141. Städt. Hörsaal, 142. Städt. Hörsaal, 143. Städt. Hörsaal, 144. Städt. Hörsaal, 145. Städt. Hörsaal, 146. Städt. Hörsaal, 147. Städt. Hörsaal, 148. Städt. Hörsaal, 149. Städt. Hörsaal, 150. Städt. Hörsaal, 151. Städt. Hörsaal, 152. Städt. Hörsaal, 153. Städt. Hörsaal, 154. Städt. Hörsaal, 155. Städt. Hörsaal, 156. Städt. Hörsaal, 157. Städt. Hörsaal, 158. Städt. Hörsaal, 159. Städt. Hörsaal, 160. Städt. Hörsaal, 161. Städt. Hörsaal, 162. Städt. Hörsaal, 163. Städt. Hörsaal, 164. Städt. Hörsaal, 165. Städt. Hörsaal, 166. Städt. Hörsaal, 167. Städt. Hörsaal, 168. Städt. Hörsaal, 169. Städt. Hörsaal, 170. Städt. Hörsaal, 171. Städt. Hörsaal, 172. Städt. Hörsaal, 173. Städt. Hörsaal, 174. Städt. Hörsaal, 175. Städt. Hörsaal, 176. Städt. Hörsaal, 177. Städt. Hörsaal, 178. Städt. Hörsaal, 179. Städt. Hörsaal, 180. Städt. Hörsaal, 181. Städt. Hörsaal, 182. Städt. Hörsaal, 183. Städt. Hörsaal, 184. Städt. Hörsaal, 185. Städt. Hörsaal, 186. Städt. Hörsaal, 187. Städt. Hörsaal, 188. Städt. Hörsaal, 189. Städt. Hörsaal, 190. Städt. Hörsaal, 191. Städt. Hörsaal, 192. Städt. Hörsaal, 193. Städt. Hörsaal, 194. Städt. Hörsaal, 195. Städt. Hörsaal, 196. Städt. Hörsaal, 197. Städt. Hörsaal, 198. Städt. Hörsaal, 199. Städt. Hörsaal, 200. Städt. Hörsaal, 201. Städt. Hörsaal, 202. Städt. Hörsaal, 203. Städt. Hörsaal, 204. Städt. Hörsaal, 205. Städt. Hörsaal, 206. Städt. Hörsaal, 207. Städt. Hörsaal, 208. Städt. Hörsaal, 209. Städt. Hörsaal, 210. Städt. Hörsaal, 211. Städt. Hörsaal, 212. Städt. Hörsaal, 213. Städt. Hörsaal, 214. Städt. Hörsaal, 215. Städt. Hörsaal, 216. Städt. Hörsaal, 217. Städt. Hörsaal, 218. Städt. Hörsaal, 219. Städt. Hörsaal, 220. Städt. Hörsaal, 221. Städt. Hörsaal, 222. Städt. Hörsaal, 223. Städt. Hörsaal, 224. Städt. Hörsaal, 225. Städt. Hörsaal, 226. Städt. Hörsaal, 227. Städt. Hörsaal, 228. Städt. Hörsaal, 229. Städt. Hörsaal, 230. Städt. Hörsaal, 231. Städt. Hörsaal, 232. Städt. Hörsaal, 233. Städt. Hörsaal, 234. Städt. Hörsaal, 235. Städt. Hörsaal, 236. Städt. Hörsaal, 237. Städt. Hörsaal, 238. Städt. Hörsaal, 239. Städt. Hörsaal, 240. Städt. Hörsaal, 241. Städt. Hörsaal, 242. Städt. Hörsaal, 243. Städt. Hörsaal, 244. Städt. Hörsaal, 245. Städt. Hörsaal, 246. Städt. Hörsaal, 247. Städt. Hörsaal, 248. Städt. Hörsaal, 249. Städt. Hörsaal, 250. Städt. Hörsaal, 251. Städt. Hörsaal, 252. Städt. Hörsaal, 253. Städt. Hörsaal, 254. Städt. Hörsaal, 255. Städt. Hörsaal, 256. Städt. Hörsaal, 257. Städt. Hörsaal, 258. Städt. Hörsaal, 259. Städt. Hörsaal, 260. Städt. Hörsaal, 261. Städt. Hörsaal, 262. Städt. Hörsaal, 263. Städt. Hörsaal, 264. Städt. Hörsaal, 265. Städt. Hörsaal, 266. Städt. Hörsaal, 267. Städt. Hörsaal, 268. Städt. Hörsaal, 269. Städt. Hörsaal, 270. Städt. Hörsaal, 271. Städt. Hörsaal, 272. Städt. Hörsaal, 273. Städt. Hörsaal, 274. Städt. Hörsaal, 275. Städt. Hörsaal, 276. Städt. Hörsaal, 277. Städt. Hörsaal, 278. Städt. Hörsaal, 279. Städt. Hörsaal, 280. Städt. Hörsaal, 281. Städt. Hörsaal, 282. Städt. Hörsaal, 283. Städt. Hörsaal, 284. Städt. Hörsaal, 285. Städt. Hörsaal, 286. Städt. Hörsaal, 287. Städt. Hörsaal, 288. Städt. Hörsaal, 289. Städt. Hörsaal, 290. Städt. Hörsaal, 291. Städt. Hörsaal, 292. Städt. Hörsaal, 293. Städt. Hörsaal, 294. Städt. Hörsaal, 295. Städt. Hörsaal, 296. Städt. Hörsaal, 297. Städt. Hörsaal, 298. Städt. Hörsaal, 299. Städt. Hörsaal, 300. Städt. Hörsaal, 301. Städt. Hörsaal, 302. Städt. Hörsaal, 303. Städt. Hörsaal, 304. Städt. Hörsaal, 305. Städt. Hörsaal, 306. Städt. Hörsaal, 307. Städt. Hörsaal, 308. Städt. Hörsaal, 309. Städt. Hörsaal, 310. Städt. Hörsaal, 311. Städt. Hörsaal, 312. Städt. Hörsaal, 313. Städt. Hörsaal, 314. Städt. Hörsaal, 315. Städt. Hörsaal, 316. Städt. Hörsaal, 317. Städt. Hörsaal, 318. Städt. Hörsaal, 319. Städt. Hörsaal, 320. Städt. Hörsaal, 321. Städt. Hörsaal, 322. Städt. Hörsaal, 323. Städt. Hörsaal, 324. Städt. Hörsaal, 325. Städt. Hörsaal, 326. Städt. Hörsaal, 327. Städt. Hörsaal, 328. Städt. Hörsaal, 329. Städt. Hörsaal, 330. Städt. Hörsaal, 331. Städt. Hörsaal, 332. Städt. Hörsaal, 333. Städt. Hörsaal, 334. Städt. Hörsaal, 335. Städt. Hörsaal, 336. Städt. Hörsaal, 337. Städt. Hörsaal, 338. Städt. Hörsaal, 339. Städt. Hörsaal, 340. Städt. Hörsaal, 341. Städt. Hörsaal, 342. Städt. Hörsaal, 343. Städt. Hörsaal, 344. Städt. Hörsaal, 345. Städt. Hörsaal, 346. Städt. Hörsaal, 347. Städt. Hörsaal, 348. Städt. Hörsaal, 349. Städt. Hörsaal, 350. Städt. Hörsaal, 351. Städt. Hörsaal, 352. Städt. Hörsaal, 353. Städt. Hörsaal, 354. Städt. Hörsaal, 355. Städt. Hörsaal, 356. Städt. Hörsaal, 357. Städt. Hörsaal, 358. Städt. Hörsaal, 359. Städt. Hörsaal, 360. Städt. Hörsaal, 361. Städt. Hörsaal, 362. Städt. Hörsaal, 363. Städt. Hörsaal, 364. Städt. Hörsaal, 365. Städt. Hörsaal, 366. Städt. Hörsaal, 367. Städt. Hörsaal, 368. Städt. Hörsaal, 369. Städt. Hörsaal, 370. Städt. Hörsaal, 371. Städt. Hörsaal, 372. Städt. Hörsaal, 373. Städt. Hörsaal, 374. Städt. Hörsaal, 375. Städt. Hörsaal, 376. Städt. Hörsaal, 377. Städt. Hörsaal, 378. Städt. Hörsaal, 379. Städt. Hörsaal, 380. Städt. Hörsaal, 381. Städt. Hörsaal, 382. Städt. Hörsaal, 383. Städt. Hörsaal, 384. Städt. Hörsaal, 385. Städt. Hörsaal, 386. Städt. Hörsaal, 387. Städt. Hörsaal, 388. Städt. Hörsaal, 389. Städt. Hörsaal, 390. Städt. Hörsaal, 391. Städt. Hörsaal, 392. Städt. Hörsaal, 393. Städt. Hörsaal, 394. Städt. Hörsaal, 395. Städt. Hörsaal, 396. Städt. Hörsaal, 397. Städt. Hörsaal, 398. Städt. Hörsaal, 399. Städt. Hörsaal, 400. Städt. Hörsaal, 401. Städt. Hörsaal, 402. Städt. Hörsaal, 403. Städt. Hörsaal, 404. Städt. Hörsaal, 405. Städt. Hörsaal, 406. Städt. Hörsaal, 407. Städt. Hörsaal, 408. Städt. Hörsaal, 409. Städt. Hörsaal, 410. Städt. Hörsaal, 411. Städt. Hörsaal, 412. Städt. Hörsaal, 413. Städt. Hörsaal, 414. Städt. Hörsaal, 415. Städt. Hörsaal, 416. Städt. Hörsaal, 417. Städt. Hörsaal, 418. Städt. Hörsaal, 419. Städt. Hörsaal, 420. Städt. Hörsaal, 421. Städt. Hörsaal, 422. Städt. Hörsaal, 423. Städt. Hörsaal, 424. Städt. Hörsaal, 425. Städt. Hörsaal, 426. Städt. Hörsaal, 427. Städt. Hörsaal, 428. Städt. Hörsaal, 429. Städt. Hörsaal, 430. Städt. Hörsaal, 431. Städt. Hörsaal, 432. Städt. Hörsaal, 433. Städt. Hörsaal, 434. Städt. Hörsaal, 435. Städt. Hörsaal, 436. Städt. Hörsaal, 437. Städt. Hörsaal, 438. Städt. Hörsaal, 439. Städt. Hörsaal, 440. Städt. Hörsaal, 441. Städt. Hörsaal, 442. Städt. Hörsaal, 443. Städt. Hörsaal, 444. Städt. Hörsaal, 445. Städt. Hörsaal, 446. Städt. Hörsaal, 447. Städt. Hörsaal, 448. Städt. Hörsaal, 449. Städt. Hörsaal, 450. Städt. Hörsaal, 451. Städt. Hörsaal, 452. Städt. Hörsaal, 453. Städt. Hörsaal, 454. Städt. Hörsaal, 455. Städt. Hörsaal, 456. Städt. Hörsaal, 457. Städt. Hörsaal, 458. Städt. Hörsaal, 459. Städt. Hörsaal, 460. Städt. Hörsaal, 461. Städt. Hörsaal, 462. Städt. Hörsaal, 463. Städt. Hörsaal, 464. Städt. Hörsaal, 465. Städt. Hörsaal, 466. Städt. Hörsaal, 467. Städt. Hörsaal, 468. Städt. Hörsaal, 469. Städt. Hörsaal, 470. Städt. Hörsaal, 471. Städt. Hörsaal, 472. Städt. Hörsaal, 473. Städt. Hörsaal, 474. Städt. Hörsaal, 475. Städt. Hörsaal, 476. Städt. Hörsaal, 477. Städt. Hörsaal, 478. Städt. Hörsaal, 479. Städt. Hörsaal, 480. Städt. Hörsaal, 481. Städt. Hörsaal, 482. Städt. Hörsaal, 483. Städt. Hörsaal, 484. Städt. Hörsaal, 485. Städt. Hörsaal, 486. Städt. Hörsaal, 487. Städt. Hörsaal, 488. Städt. Hörsaal, 489. Städt. Hörsaal, 490. Städt. Hörsaal, 491. Städt. Hörsaal, 492. Städt. Hörsaal, 493. Städt. Hörsaal, 494. Städt. Hörsaal, 495. Städt. Hörsaal, 496. Städt. Hörsaal, 497. Städt. Hörsaal, 498. Städt. Hörsaal, 499. Städt. Hörsaal, 500. Städt. Hörsaal, 501. Städt. Hörsaal, 502. Städt. Hörsaal, 503. Städt. Hörsaal, 504. Städt. Hörsaal, 505. Städt. Hörsaal, 506. Städt. Hörsaal, 507. Städt. Hörsaal, 508. Städt. Hörsaal, 509. Städt. Hörsaal, 510. Städt. Hörsaal, 511. Städt. Hörsaal, 512. Städt. Hörsaal, 513. Städt. Hörsaal, 514. Städt. Hörsaal, 515. Städt. Hörsaal, 516. Städt. Hörsaal, 517. Städt. Hörsaal, 518. Städt. Hörsaal, 519. Städt. Hörsaal, 520. Städt. Hörsaal, 521. Städt. Hörsaal, 522. Städt. Hörsaal, 523. Städt. Hörsaal, 524. Städt. Hörsaal, 525. Städt. Hörsaal, 526. Städt. Hörsaal, 527. Städt. Hörsaal, 528. Städt. Hörsaal, 529. Städt. Hörsaal, 530. Städt. Hörsaal, 531. Städt. Hörsaal, 532. Städt. Hörsaal, 533. Städt. Hörsaal, 534. Städt. Hörsaal, 535. Städt. Hörsaal, 536. Städt. Hörsaal, 537. Städt. Hörsaal, 538. Städt. Hörsaal, 539. Städt. Hörsaal, 540. Städt. Hörsaal, 541. Städt. Hörsaal, 542. Städt. Hörsaal, 543. Städt. Hörsaal, 544. Städt. Hörsaal, 545. Städt. Hörsaal, 546. Städt. Hörsaal, 547. Städt. Hörsaal, 548. Städt. Hörsaal, 549. Städt. Hörsaal, 550. Städt. Hörsaal, 551. Städt. Hörsaal, 552. Städt. Hörsaal, 553. Städt. Hörsaal, 554. Städt. Hörsaal, 555. Städt. Hörsaal, 556. Städt. Hörsaal, 557. Städt. Hörsaal, 558. Städt. Hörsaal, 559. Städt. Hörsaal, 560. Städt. Hörsaal, 561. Städt. Hörsaal, 562. Städt. Hörsaal, 563. Städt. Hörsaal, 564. Städt. Hörsaal, 565. Städt. Hörsaal, 566. Städt. Hörsaal, 567. Städt. Hörsaal, 568. Städt. Hörsaal, 569. Städt. Hörsaal, 570. Städt. Hörsaal, 571. Städt. Hörsaal, 572. Städt. Hörsaal, 573. Städt. Hörsaal, 574. Städt. Hörsaal, 575. Städt. Hörsaal, 576. Städt. Hörsaal, 577. Städt. Hörsaal, 578. Städt. Hörsaal, 579. Städt. Hörsaal, 580. Städt. Hörsaal, 581. Städt. Hörsaal, 582. Städt. Hörsaal, 583. Städt. Hörsaal, 584. Städt. Hörsaal, 585. Städt. Hörsaal, 586. Städt. Hörsaal, 587. Städt. Hörsaal, 588. Städt. Hörsaal, 589. Städt. Hörsaal, 590. Städt. Hörsaal, 591. Städt. Hörsaal, 592. Städt. Hörsaal, 593. Städt. Hörsaal, 594. Städt. Hörsaal, 595. Städt. Hörsaal, 596. Städt. Hörsaal, 597. Städt. Hörsaal, 598. Städt. Hörsaal, 599. Städt. Hörsaal, 600. Städt. Hörsaal, 601. Städt. Hörsaal, 602. Städt. Hörsaal, 603. Städt. Hörsaal, 604. Städt. Hörsaal, 605. Städt. Hörsaal, 606. Städt. Hörsaal, 607. Städt. Hörsaal, 608. Städt. Hörsaal, 609. Städt. Hörsaal, 610. Städt. Hörsaal, 611. Städt. Hörsaal, 612. Städt. Hörsaal, 613. Städt. Hörsaal, 614. Städt. Hörsaal, 615. Städt. Hörsaal, 616. Städt. Hörsaal, 617. Städt. Hörsaal, 618. Städt. Hörsaal, 619. Städt. Hörsaal, 620. Städt. Hörsaal, 621. Städt. Hörsaal, 622. Städt. Hörsaal, 623. Städt. Hörsaal, 624. Städt. Hörsaal, 625. Städt. Hörsaal, 626. Städt. Hörsaal, 627. Städt. Hörsaal, 628. Städt. Hörsaal, 629. Städt. Hörsaal, 630. Städt. Hörsaal, 631. Städt. Hörsaal, 632. Städt. Hörsaal, 633. Städt. Hörsaal, 634. Städt. Hörsaal, 635. Städt. Hörsaal, 636. Städt. Hörsaal, 637. Städt. Hörsaal, 638. Städt. Hörsaal, 639. Städt. Hörsaal, 640. Städt. Hörsaal, 641. Städt. Hörsaal, 642. Städt. Hörsaal, 643. Städt. Hörsaal, 644. Städt. Hörsaal, 645. Städt. Hörsaal, 646. Städt. Hörsaal, 647. Städt. Hörsaal, 648. Städt. Hörsaal, 649. Städt. Hörsaal, 650. Städt. Hörsaal, 651. Städt. Hörsaal, 652. Städt. Hörsaal, 653. Städt. Hörsaal, 654. Städt. Hörsaal, 655. Städt. Hörsaal, 656. Städt. Hörsaal, 657. Städt. Hörsaal, 658. Städt. Hörsaal, 659. Städt. Hörsaal, 660. Städt. Hörsaal, 661. Städt. Hörsaal, 662. Städt. Hörsaal, 663. Städt. Hörsaal, 664. Städt. Hörsaal, 665. Städt. Hörsaal, 666. Städt. Hörsaal, 667. Städt. Hörsaal, 668. Städt. Hörsaal, 669. Städt. Hörsaal, 670. Städt. Hörsaal, 671. Städt. Hörsaal, 672. Städt. Hörsaal, 673. Städt. Hörsaal, 674. Städt. Hörsaal, 675. Städt. Hörsaal, 676. Städt. Hörsaal, 677. Städt. Hörsaal, 678. Städt. Hörsaal, 679. Städt. Hörsaal, 680. Städt. Hörsaal, 681. Städt. Hörsaal, 682. Städt. Hörsaal, 683. Städt. Hörsaal, 684. Städt. Hörsaal, 685. Städt. Hörsaal, 686. Städt. Hörsaal, 687. Städt. Hörsaal, 688. Städt. Hörsaal, 689. Städt. Hörsaal, 690. Städt. Hörsaal, 691. Städt. Hörsaal, 692. Städt. Hörsaal, 693. Städt. Hörsaal, 694. Städt. Hörsaal, 695. Städt. Hörsaal, 696. Städt. Hörsaal, 697. Städt. Hörsaal, 698. Städt. Hörsaal, 699. Städt. Hörsaal, 700. Städt. Hörsaal, 701. Städt. Hörsaal, 702. Städt. Hörsaal, 703. Städt. Hörsaal, 704. Städt. Hörsaal, 705. Städt. Hörsaal, 706. Städt. Hörsaal, 707. Städt. Hörsaal, 708. Städt. Hörsaal, 709. Städt. Hörsaal, 710. Städt. Hörsaal, 711. Städt. Hörsaal, 712. Städt. Hörsaal, 713. Städt. Hörsaal, 714. Städt. Hörsaal, 715. Städt. Hörsaal, 716. Städt. Hörsaal, 717. Städt. Hörsaal, 718. Städt. Hörsaal, 719. Städt. Hörsaal, 720. Städt. Hörsaal, 721. Städt. Hörsaal, 722. Städt. Hörsaal, 723. Städt. Hörsaal, 724. Städt. Hörsaal, 725. Städt. Hörsaal, 726. Städt. Hörsaal, 727. Städt. Hörsaal, 728. Städt. Hörsaal, 729. Städt. Hörsaal, 730. Städt. Hörsaal, 731. Städt. Hörsaal, 732. Städt. Hörsaal, 733. Städt. Hörsaal, 734. Städt. Hörsaal, 735. Städt. Hörsaal, 736. Städt. Hörsaal, 737. Städt. Hörsaal, 738. Städt. Hörsaal, 739. Städt. Hörsaal, 740. Städt. Hörsaal, 741. Städt. Hörsaal, 742. Städt. Hörsaal, 743. Städt. Hörsaal, 744. Städt. Hörsaal, 745. Städt. Hörsaal, 746. Städt. Hörsaal, 747. Städt. Hörsaal, 748. Städt. Hörsaal, 749. Städt. Hörsaal, 750. Städt. Hörsaal, 751. Städt. Hörsaal, 752. Städt. Hörsaal, 753. Städt. Hörsaal, 754. Städt. Hörsaal, 755. Städt. Hörsaal, 756. Städt. Hörsaal, 757. Städt. Hörsaal, 758. Städt. Hörsaal, 759. Städt. Hörsaal, 760. Städt. Hörsaal, 761. Städt. Hörsaal, 762. Städt. Hörsaal, 763. Städt. Hörsaal, 764. Städt. Hörsaal, 765. Städt. Hörsaal, 766. Städt. Hörsaal, 767. Städt. Hörsaal, 768. Städt. Hörsaal, 769. Städt. Hörsaal, 770. Städt. Hörsaal, 771. Städt. Hörsaal, 772. Städt. Hörsaal, 773. Städt. Hörsaal, 774. Städt. Hörsaal, 775. Städt. Hörsaal, 776. Städt. Hörsaal, 777. Städt. Hörsaal, 778. Städt. Hörsaal, 779. Städt. Hörsaal, 780. Städt. Hörsaal, 781. Städt. Hörsaal, 782. Städt. Hörsaal, 783. Städt. Hörsaal, 784. Städt. Hörsaal, 785. Städt. Hörsaal, 786. Städt. Hörsaal, 787. Städt. Hörsaal, 788. Städt. Hörsaal, 789. Städt. Hörsaal, 790. Städt. Hörsaal, 791. Städt. Hörsaal, 792. Städt. Hörsaal, 793. Städt. Hörsaal, 794. Städt. Hörsaal, 795. Städt. Hörsaal, 796. Städt. Hörsaal, 797. Städt. Hörsaal, 798. Städt. Hörsaal, 799. Städt. Hörsaal, 800. Städt. Hörsaal, 801. Städt. Hörsaal, 802. Städt. Hörsaal, 803. Städt. Hörsaal, 804. Städt. Hörsaal, 805. Städt. Hörsaal, 806. Städt. Hörsaal, 807. Städt. Hörsaal, 808. Städt. Hörsaal, 809. Städt. Hörsaal, 810. Städt. Hörsaal, 811. Städt. Hörsaal, 812. Städt. Hörsaal, 813. Städt. Hörsaal, 814. Städt. Hörsaal, 815. Städt. Hörsaal, 816. Städt. Hörsaal, 817. Städt. Hörsaal, 818. Städt. Hörsaal, 819. Städt. Hörsaal, 820. Städt. Hörsaal, 821. Städt. Hörsaal, 822. Städt. Hörsaal, 823. Städt. Hörsaal, 824. Städt. Hörsaal, 825. Städt. Hörsaal, 826. Städt. Hörsaal, 827. Städt. Hörsaal, 828. Städt. Hörsaal, 829. Städt. Hörsaal, 830. Städt. Hörsaal, 831. Städt. Hörsaal, 832. Städt. Hörsaal, 833. Städt. Hörsaal, 834. Städt. Hörsaal, 835. Städt. Hörsaal, 836. Städt. Hörsaal, 837. Städt. Hörsaal, 838. Städt. Hörsaal, 839. Städt. Hörsaal, 840. Städt. Hörsaal, 841. Städt. Hörsaal, 842. Städt. Hörsaal, 843. Städt. Hörsaal, 844. Städt. Hörsaal, 845. Städt. Hörsaal, 846. Städt. Hörsaal, 847. Städt. Hörsaal, 848. Städt. Hörsaal, 849. Städt. Hörsaal, 850. Städt. Hörsaal, 851. Städt. Hörsaal, 852. Städt. Hörsaal, 853. Städt. Hörsaal, 854. Städt. Hörsaal, 855. Städt. Hörsaal, 856. Städt. Hörsaal, 857. Städt. Hörsaal, 858. Städt. Hörsaal, 859. Städt. Hörsaal, 860. Städt. Hörsaal, 861. Städt. Hörsaal, 862. Städt. Hörsaal, 863. Städt. Hörsaal, 864. Städt. Hörsaal, 865. Städt

Wer ist die U. S. P.?

Salomonisches Urteil des preussischen Kalksteuerrates.

Der Kalksteuerratsausschuss der Preussischen Landesversammlung beschäftigte sich mit der Fraktionsbildung auf der äußersten Linken. Die Abgg. Ludwig und Adolph Hoffmann machten Mitteilung davon, daß auf der einen Seite 14, auf der anderen Seite 9 Mitglieder ausgeschieden seien. Der Kalksteuerrat entschied darauf, daß die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei bis aufgelöst zu betrachten sei. Es wurde ihren bisherigen Mitgliedern anheimgegeben, eine Liste mit mindestens 15 Unterschriften und ein Programm einzubringen. Diese 15 Mitglieder würden dann als selbständige Fraktion anerkannt werden und dürften sich ihren Namen selbst wählen. Am ehesten wird die gemäßigte Richtung Ludwig die 15 Unterschriften aufbringen können, so daß sie sich fernerhin als unabhängige Fraktion wird bezeichnen können. Ein Königreich für den fünfzehnten Mann!

Das „Hafische Volksblatt“ (von den Linken befehlt) wendet sich, wie der Leipziger Vertreter der U. S. P. meldet, in einem Aufruf mit besonderer Schärfe gegen die „Leipziger Volkszeitung“. Nachdem das Volksblatt erklärt, daß sich die Winderheit ausschließlich nach als U. S. P. bezeichnet, fordert das Blatt die Leipziger Genossen zum Abonnement des Hallischen Volksblatts auf, daß von jetzt ab einen Teil seines Raumes für Leipziger Meldungen zur Verfügung stellen wird. Der Aufruf schließt: Die „Leipziger Volkszeitung“ hat schon während des Ringens um Klarheit mit den niedrigen Mitteln der Verleumdung und Lüge gekämpft. Sie hat über die Beratungen in Halle in schamlosester Weise entstellte und lägenhafte Berichte gebracht und ist offen in das Lager der Parteifeinde übergegangen. — Einst wollte die „Leipziger Volkszeitung“ so dem „Vorwärts“ Konkurrenz machen. Alle Schuld rächt sich auf Erden!

U. S. P. (links) sprengt U. S. P. (rechts)

Hamburg, den 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“). Auch die Hamburger Kommunisten sind dazu übergegangen, durch die Tat zu beweisen, daß sie der Aufnahme in die Internationale des Terrors würdig sind. Die Gegner der Moskauer These, die versuchen, eine U. S. P.-Organisation neu aufzumachen, hatten Dienstagabend im Gewerkschaftshaus Hamburg eine Versammlung für die Gegner der 21 Bedingungen einberufen, um dort die U. S. P. Hamburg neu zu gründen und Organisationsfragen zu erledigen. Als die Versammlung begonnen hatte, erschienen neun kommunistische Sprengkometen unter der Führung ihres Vorsitzenden Thalmann, sprengten die Versammlung und machten ihre weitere Fortsetzung unmöglich. Man kann demnach auch in Hamburg auf allerhand gefaßt sein.

Ade Adolf!

Von Seiten der linksunabhängigen Parteilichung erfährt die „Dema“, daß als deutsches Mitglied in die Exekutive der 3. Internationale auf Grund der in Halle ausgesprochenen Einladung Sinowjew Adolf Hoffmann delegiert werden soll. Er wird sich voraussichtlich in etwa drei Wochen nach Moskau begeben.

Es ist sehr bedauerlich, daß Adolf Hoffmann sich an eine Stelle begibt, wo man der Unwichtigkeit seines Berliner Dialekts und der „mir- und mich“-Verwechslung kaum irgendwelches Verständnis entgegenbringen dürfte. Und was ist Adolf Hoffmann ohne dem?

Konzessionspflicht für Kartoffelhändler.

Auf Grund des § 15 Absatz 3 in Verbindung mit dem § 12 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915/4. November (Reichsgesetzblatt S. 607 und 728) ist mit Zustimmung des Preussischen Staatsministeriums eine Verordnung erlassen worden, der wir im Nachfolgenden das Hauptinhaltliche entnehmen:

Wer innerhalb des Wirtschaftsjahres (16. September bis 15. September) mehr als 50 Zentner Kartoffeln vom Erzeuger kauft oder zu kaufen unternimmt, bedarf einer besonderen Erlaubnis.

Die Kommissionen eingerichtet. Bedenkt man, daß in den meisten der kriegsführenden Länder ungeheure Sammlungen von wirtschaftlichen Dokumenten aller Art angelegt worden sind, die erst gesichtet und bearbeitet werden müssen, so kann man sich die Größe des Unternehmens und die lange Zeit vorstellen, die noch vergehen wird, bevor diese Enghäupter erscheinen.

Die belgischen Sozialisten und Richard Wagner. Noch immer bestehen die Prüffelder darauf, daß Richard Wagner nicht in der belgischen Hauptstadt gespielt wird. Man kann es nicht, wie geschrieben wurde, einem Woche verzeihen, daß er Genie gehabt hat. Man will sich in Brüssel noch immer an einem Unsterblichen haben, der sich auf der Erde nicht mehr wehren kann. Kürzlich wollten nun die kunstliebenden Sozialisten Brüssels Bruchstücke des „Zanndücker“ zu Gehör bringen. Die Musiker des Opernorchesters weigerten sich aber, an einer Ehrung für Wagner teilzunehmen. Die Angelegenheit machte viel Lärm. Man politisierte wieder, anstatt der Kunst zu dienen, und ein temperamentvoller Journalist beschloß den Streit mit folgenden Worten: „Parfika, fünftes Evangelium, Quintessenz aller Evangelien, 1914 zuerst durch die Hauptstädte der Welt getragen, und nachher wütheten sich 20 Völker gegenseitig. Wie ettel alles Geptredige vom höchsten Rittleid ist! Kunst, du bist kein Trost für die Masse, du bist nur ein Aufsprüngen der menschlichen Affen, die affischer sind als die Affen selber.“

Volkshochschulgemeinschaften. In Duisburg plant man, wie die „Köln. Ztg.“ meldet, die Gründung von Volkshochschulen von Schülern und Lehrern der Volkshochschule in Landheimen außerhalb der Stadt. Lehrer und Schüler sollen sich an Sonn- und Festtagen, auch an freien Nachmittagen und Abenden zusammenfinden und sich unterhalten. Eine innige, freundschaftliche Arbeits- und Volkshochschule soll dort Lehrer und Schüler und Freunde der Volkshochschule vereinen. Ein solches Landheim wäre auch als Ferienheim für die Volkshochschule von großem Wert.

Theater. Wegen Erkrankung von Emmy Zimmermann werden am Donnerstag im Deutschen Opernhaus anstatt der „Hugenotten“ die „Welterkämpfer von Nürnberg“ gegeben. — Am Theater am Hollendorfsplatz geht Freitag die Operette „Wenn Liebe erwacht“ zum 50. Male in Szene. — In der Staatsoper findet am 31. die Uraufführung von „Ritter Siebhart“ von E. R. von Reznicek statt. Der Vorverkauf beginnt am Sonntag, den 24.

Graphikerwerbungen der Berliner Museen. Das Kupferstichkabinett hat eines der drei Probestempel von Eloyss Handzeichnungen zu Rogaris „Zauberhüte“ als Geschenk erhalten. Von Wiesermann erworben die Museen seine neuesten Arbeiten, darunter das Bildnis Levens. Von Corinth wurden neue Radierungen gekauft, ebenso Blätter Beckmanns, Herdels, Barlachs, Grohmanns. Eine Anzahl von Radierungen und Steinbruden von Degas wurden geschenkt.

Der erste plattdeutsche Abreiskalender. Zum ersten Male in der Geschichte der niederdeutschen Bewegung wird, wie in der Zeitschrift „Niederachsen“ mitgeteilt wird, von dem Bremer plattdeutschen Verein ein großer, rein plattdeutscher Abreiskalender „De Plattdeutsche Dagwieser“ herausgegeben werden.

Kunstchronik. Das von Lederer geschaffene Modell des Denkmals für die im Weltkrieg gefallenen Studenten und Universitätslehrer ist in der Wien-Kula bis zum 4. November täglich von 2-4 Uhr, an Sonntagen von 11-1 Uhr zu besichtigen.

Laubnis nach Maßgabe dieser Verordnung. Auch die Personen, die bereits die Erlaubnis zum Handel besitzen, bedürfen der besonderen Erlaubnis für den Kauf der Kartoffeln nach Maßgabe dieser Verordnung.

Die Erlaubnis ist zu verweigern, wenn persönliche Gründe der Erteilung entgegenstehen, insbesondere wenn begründeter Verdacht besteht, daß der Anläufer den Freizeigepreis über den Preis von 25 M. je Zentner erheblich steigert oder Handlungen unternimmt, durch die dieser Preis umgangen wird oder die geeignet sind, die Kartoffeln einer verbotswidrigen Verwendung zuzuführen.

Gegen die Verfassung und die Entziehung der Erlaubnis ist Beschwerde an den Staatskommissar für Volksernährung zulässig, dessen Entscheidung endgültig ist. Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft. Ob diese Verordnung ausreichen wird, die Schäden der freien Wirtschaft auszugleichen, muß leider bezweifelt werden.

Braunschweig verbietet die Kartoffelausfuhr.

Braunschweig, 20. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“). Der braunschweigische Ernährungsminister, Genosse Antwid, hat die Ausfuhr von Kartoffeln, auch der Saatkartoffeln, aus dem Lande Braunschweig von heute ab verboten. Er sagte, er fühle sich zu dieser Maßnahme gezwungen dadurch, daß die Reichsregierung trotz aller Vorstellungen seinerlei Maßnahmen zur Versorgung Braunschweigs mit Kartoffeln getroffen hat; er werde auch weiterhin zur Aufbringung der für die braunschweigische Bevölkerung notwendigen Kartoffeln rücksichtslos in die bestehenden Lieferungsverträge eingreifen, bei Weigerung werden die Kartoffeln sofortenteignet werden. Die braunschweigische Regierung ist sich bewußt, daß diese Maßnahmen nach Aufhebung der Zwangswirtschaft ungünstig sind, aber infolge des völligen Versagens des Reichsernährungsministers sieht sie sich in der Not zu diesen ungeschicklichen Maßnahmen gezwungen, um Unruhen der hungernden Bevölkerung vorzubeugen.

Berggesetz und Sozialisierung.

Ein Weg zur Hebung der Braunkohlenförderung.

Man schreibt uns: Alle Zeitungen, bürgerliche wie sozialistische, schreiben über die Sozialisierung des Bergbaues; aber nur selten findet man einen Artikel über den außerordentlich wichtigen § 65 des preussischen Berggesetzes. Die bürgerliche Presse arbeitet immer wieder mit dem Argument, daß der sozialisierte Betrieb unwirtschaftlich und unproduktiv sei. Demgegenüber muß vom sozialistischen Standpunkt darauf hingewiesen werden, daß es nicht produktionsfeindlicher als das aus der manchesterliberalen Verfassung stammende Allgemeine Berggesetz für Preußen vom 24. Juni 1865 geben kann.

Zwar steht der erwähnte Paragraph eine Enteignung des Nutzungsberechtigten vor, wenn der Unterlassung des Betriebes überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses entgegenstehen, jedoch ist eine Enteignung in den 55 Jahren seit Bestehen des Gesetzes nur einige wenige Male und auch da meist ohne Erfolg angeordnet worden. Dem Gesetz ist die Produktion völlig gleichgültig, nur das „heilige“ Eigentum und der Unternehmerprofit werden geschützt.

Ein erheblicher Teil des Bergwerkeigentums befindet sich jetzt in den Händen gewissenloser Schieber. Längs der Ober-, Mittel- und Niederrhein, haben z. B. früher bis in die achtziger Jahre hinein zahlreiche Frankfurter Bergwerke bestanden, die, als die oberhessische Steinlohe durch Verbesserung des Wasserweges immer billiger wurde, eingegangen sind. Bei den heutigen hohen Braunkohlenpreisen muß bei der ungeheuren Kohlennot diese Bergwerke wieder lebensfähig, können von neuem in Betrieb genommen werden und dem deutschen Volk nachschäbare Dienste leisten, wenn nicht die Schieber die Preise für das Nutzungsrecht derart in die Höhe getrieben hätten, daß der Abbau dadurch — aber nur dadurch — unrentabel geworden ist. Diese verbrecherischen Elemente bauen die Kohlen nicht ab, sondern verschicken das Bergwerkeigentum von einer Hand in die andere, um sich an der Not des Volkes zu bereichern.

Ueber diese empörenden Zustände schreiben die bürgerlichen Blätter, die sonst immer von der Unproduktivität der sozialisierten Betriebe reden. Der völksparteiliche Reichsbergbauminister Herr von Raumer kümmert sich natürlich erst recht nicht um diese Dinge. Er hat Wichtigeres zu tun, er muß die Sozialisierung der großen Elektrizitätswerke verhindern, um den Kapitalisten ihre hohen Dividenden zu erhalten.

Demgegenüber muß nicht nur jeder Sozialist, sondern jeder vernünftige Mensch die sofortige Abänderung des § 65 des Berggesetzes durch eine Kooperationsordnung verlangen. Dieser elende Kontrahatsparagraph ist in sozialistischem Geiste so umzuändern, daß die Bergbehörde den Nutzungsberechtigten auffordern kann, innerhalb eines Vierteljahres die Förderung aufzunehmen, widrigenfalls die Enteignung zu einem Mahi gen Preise ausgesprochen und damit der Weg freigemacht wird zur sofortigen Kohlenförderung. Wird sich die bürgerliche Reichsregierung zu dieser Maßnahme, die das nationale Interesse erheischt, aufschwingen?

Lärmereien im Danziger Parlament.

Danzig, 20. Oktober. In der heutigen Sitzung der Verfassungskommisionen der Danziger Versammlung kam es zu erregten Szenen, die schließlich einen Abbruch der Beratungen herbeiführten. Anlässlich der Debatte über das Richternotgesetz hatte der Abg. Müller (Rechtssozialist) Ausführungen gemacht, denen der Präsident des Landgerichts Danzig in einer Erklärung entgegenzutreten wollte. Als der Schriftführer dieses Schriftstück im Auftrage des Präsidenten zur Verlesung brachte, erhob sich auf der linken Seite des Hauses größter Widerspruch, der schließlich dahin führte, daß der unabhängige Abg. Rau dem Schriftführer das Schriftstück zerriss und vernichtete. Der hierauf auf der rechten Seite des Hauses einsetzende Protest dauerte längere Zeit, so daß der Präsident gezwungen wurde, die Sitzung auf eine Stunde zu unterbrechen. In dieser Zeit gelang es jedoch nicht, eine Einigung herbeizuführen, so daß nach Wiedereröffnung der Sitzung eine abermalige zweistündige Vertagung eintreten mußte. Nach 8 Uhr abends wurde die Sitzung zum dritten Male eröffnet. Ein Redner des Zentrums gab im Auftrage der bürgerlichen Parteien eine Erklärung ab, in der das Verhalten der linksstehenden Parteien gemißbilligt wurde. Im Auftrage der Unabhängigen und der Rechtssozialisten erklärte ein Redner der Unabhängigen, daß die Geschäftsordnung von der rechten Seite des Hauses zuerst gebrochen sei und daß infolgedessen das Vorgehen des Abg. Rau im Interesse der Wahrung der Rechte des Hauses gebilligt werden müsse. Nach diesen beiden Erklärungen setzte ein neuer mehrerer Minuten andauernder Lärm im ganzen Hause ein.

Gegen die Habsbittil. Auf dem englischen Kirchenkongress in Southend erklärte der Dean der St. Paulskathedrale Rage in einer Rede über die Pflicht gegenüber früheren Feinden: Eine dümmere Politik als die, Deutschland zu einem dauernden Knüttel zu machen, gebe es nicht.

Ein Skandal in Nordamerika.

Die zu Ende gehende Herrschaft der „Demokraten“ in Nordamerika wird noch zuletzt durch einen riesigen Skandal belastet, den die „Republikaner“ natürlich kräftig ausnützen. Auf der Kaperinsel Haiti hat die gewalttätige Ausbeutung durch das amerikanische Kapital zu Konflikten geführt, wobei noch Untersuchungsresultate die Eingeborenen in Massen von amerikanischem Militär hingerichtet worden sind.

Außerdem wird der finanzielle Ratgeber des Staatsdepartements (Kassenministeriums), Herr Henry, beschuldigt, auf Haiti die Interessen von Privatbanken vertreten zu haben. Der Rücktritt der prominentesten Staatssekretäre unmittelbar nach der Präsidentenwahl soll deshalb beschloffen sein.

Wilson hat dem republikanischen Kandidaten Harding mit dem Strafgesetz gedroht, weil er mit Frankreich über eine neue Völkerbundgründung unter Teilnahme Nordamerikas beraten haben soll; das Gesetz verbietet politische Abmachungen einzelner Bürger mit ausländischen Regierungen. Obgleich die französische Regierung entschieden befreitet, hält Harding daran fest, daß ihm ein solches Angebot gemacht worden sei, nur habe er weiter nichts unternommen und sei deshalb strafflos.

Ganz wie bei uns.

Wien, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“). Der Präsident der Nationalversammlung Genosse Karl Seib erklärte in einer Versammlungsrede u. a.:

Ohne der Entscheidung des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten, der am Freitag zusammentritt, vorzugreifen, kann man wohl sagen, daß sich keine Stimme für eine Koalition finden wird. Unsere Opposition wird streng sachlich und ohne Demagogie geführt werden, aber die Richtschnur unseres Handelns wird ausschließlich durch die Interessen der arbeitenden Volksmassen bestimmt werden. Man hat das Wort von einer Beamtenregierung zur Diskussion gestellt: wir werden auch in dieser Hinsicht der Mehrheit des Parlaments keine Ratschläge erteilen. Wenn die Christlichsozialen sich nicht selbst die Kraft zutrauen, die ihnen zukommenden Ämter zu führen, so mögen sie Helfer an dem Beamtenstande heranziehen, aber die Verfassung kennt keine Beamtenminister, sondern nur gewählte Volksbeauftragte; wer sie wählt, wer ihnen das Budget bewilligt, trägt die volle Verantwortung für ihr Tun und Lassen. Eine Koalition, an der die Sozialdemokratie beteiligt wäre, ist ausgeschlossen. Wir haben der Opfer genug gebracht — nun mögen jene schaffen und wirken, die durch die Wahl dazu berufen sind und die den Wählern versprochen haben, ihnen bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Wenn es ihnen gelingt — wir Sozialdemokraten werden es neidlos sehen. Seit 30 Jahren ist es allgemeine Ueberzeugung in allen sozialdemokratischen Parteien, daß die Teilnahme an der Regierung bürgerlicher Klassen nur in besonderen Ausnahmefällen zulässig ist. Eine solche Ausnahme war im Jahre 1919 gegeben, und wir haben uns nicht geweigert, unsere Pflicht im Interesse der Arbeiterklasse zu erfüllen. Jetzt ist es berechtigt, in unsere natürliche Stellung zurückzutreten.

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschösterreichs tritt am 5. November in Wien zusammen. Auf der Tagesordnung stehen außer den Berichten und Wahlen folgende Punkte: 1. Die politische Lage und die Aufgaben der Sozialdemokratie. 2. Partei, Arbeiter, Räte und Internationale.

Die Südslawen in Kärnten.

Wien, 20. Oktober. (Dema). Im Abstimmungsgebiet ist die Lage immer noch als ernst zu bezeichnen, da das südslawische Militär die Befehle der Abstimmungskommission durchaus ignoriert. Von der Kommission aufgestellte Legitimationskarten werden als unzulässig einfach zerrissen. Südslawische Patrouillen machen sich noch überall das Recht an, Leibesdurchsuchungen an harmlosen Passanten vorzunehmen, auch sperren sie, wenn es ihnen gefällt, die Südzone von der Klagenfurter Zone ab.

Sieger Nepp vergrößert sich.

Der Entente-Hauptkommission in Berlin sollen 45 weitere Beamte beigegeben werden, obwohl Honar Latw die Ausführung des Versailles Diktats als zufriedenstellend bezeichnet hat.

Die interalliierte Kontrollkommission in Wien kostet Deutschösterreich mehr, als das gesamte Offizierskorps dieses „Staates“ von Entente Gnaden. Ein Stadtoffizier besteht an Gehalt mehr, als das gesamte deutschösterreichische Kabinett. Natürlich hält die Kommission die besten Wohnungen und Hotels besetzt. Dabei besteht die ganze Tätigkeit der Kommission nur mehr darin, daß sie sich in die inneren Angelegenheiten Deutschösterreichs einmischt. Besonders die französischen Mitglieder der Kommission bemühen ihre Stellung zur Förderung der reaktionären Pläne Frankreichs im mittleren Europa, fördern die Bewaffnung der Heimwehren und suchen andererseits die republikanischen Einrichtungen der neuen Wehrmacht zu zerstören. Man hofft, daß jetzt wenigstens ein größerer Teil der fünfhundert Angehörigen dieser Kommission zurückberufen wird, da die Auflösung des Habsburgischen Heeres beendet ist. Im englischen Unterhause „konstatierte“ Chamberlain, daß Deutschland keine Schiffe abgegeben habe. Vielleicht wendet sich der ehrenwerte Herr an Südslawien, Italien und Frankreich!

Der Schrecken von Wiesbaden.

Wien, 20. Oktober. (WZ). Das Kriegsgertät der französischen Rheinarmee beurteilte gestern die beiden Soldaten Trombino und Soim, die laut „Evo du Rhin“ während sechs Monat den Schrecken von Wiesbaden und Umgegend bildeten, zur Degradation und lebenslänglicher Zwangsarbeit. Sie hatten in der Dunkelheit eine Anzahl von Passanten mit vorgehaltenen Revolvern und Seitengewehren bedroht und ausgeraubt. Das Gericht hob hervor, daß solche Akte eine Schande für die französische Armee seien und mit aller Strenge des Gesetzes bestraft werden müßten.

Herr Peirotes.

Die sozialistische Sektion Rey erklärt in einer Resolution, daß sie empört sei über die Haltung des sozialistischen Bürgermeisters von Straßburg, der sich nicht schene, den Vertreter Millerand, den Verfolger der Arbeiterklasse, zu feiern. Noch deutlicher drücken sich die Rühlauer Genossen in folgender Erklärung aus. Sie sagen, daß Peirotes' Haltung in dem Augenblick, in welchem die französische Partei jedes Zusammengehens mit den bürgerlichen Kategorien ablehnt, Peirotes außerhalb des Rahmens der Partei stelle. Sie überlassen die weiteren Schritte der Sektion Unentschieden. Das Unterhause hat sich noch nicht geäußert. Von Peirotes' einjäger roten Horde ist kein als Rejt das rote Bündchen der sogenannten Ehrenlegion vertrieben.

Gewerkschaftsbewegung

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1919.

Die Mitgliederzahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände betrug zu Beginn des vorigen Jahres 7.886.012, davon 686.392 weibliche, am Ende des Jahres jedoch 7.335.129 (1.612.686 weibliche). Es wurden also fast vier einhalb Millionen neue Mitglieder aufgenommen. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl 5.470.073 gegen 1.648.318 im Jahre 1918. Die Zahl der angeschlossenen Verbände betrug im vorigen Jahre 52 gegen 48 im Jahre 1918. Sie wäre noch etwas größer gewesen, wenn nicht einige Verschmelzungen stattgefunden hätten. Die Zahl der Zweigvereine betrug 23.862 gegen 10.044 im Jahre vorher. Sie hat sich also ebenfalls mehr als verdoppelt und zeigt besonders deutlich, welche gewaltige Werberarbeit die deutschen Gewerkschaften noch neben ihrem wahrhaftig nicht geringen Maße anderer Arbeit geleistet haben.

Eingekommen wurden für Eintrittsgelder 2.867.289 M., Verbandsbeiträge 185.954.818 M., örtliche Beiträge 43.098.927 M., Extrabeiträge 595.723 M., von arbeitenden Mitgliedern in Streikorten 57.181 M., Finken 4.088.461 M., sonstige Einnahmen 10.669.516 M. Die Gesamt-Einnahme betrug 2.473.068.838 M. Ausgegeben wurden für Unterhaltungen 44.942.703 M., für Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen 45.300.049 M., für Bildungszwecke 15.609.812 M., für Agitation, Generalversammlungen, Verbindungen usw. 86.207.477 M. Die Verwaltungskosten betragen 59.348.578 M., davon persönliche 6.984.344 M., städtische 5.484.917 M. und Verwaltungskosten der Zehntausen und Gaus 46.879.317 M. Die Gesamtausgabe betrug 2.014.087.709 M., das Vermögen (mit Ausnahme der Verbände der Hotelangestellten und der Metallarbeiter) 133.180.000 M., davon in den Hauptklassen 107.503.061 M.

Streik im Oskar-Helene-Heim, Dablen.

Vom Zentralverband der Hausangestellten wird und geschrieben: Seit 1. Juli 1920 haben die Angestellten obengenannter Anstalten in Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Trotz Verhandlungen und Tagungen des Schlichtungsausschusses ist bisher kein bestreitendes Ergebnis zustande gekommen. Es wurde den Angestellten zu dem bisherigen Lohnsatz vom Schlichtungsausschuss eine Erhöhung von 15 Proz. am 23. Juli ausgedrückt, welchen Satz die Arbeitgeber nachträglich auf 20 Proz. für nichterleichte und 25 Proz. für gelehrte Arbeiter erhöhten. Der Grundlohn betrug für ein Haus- oder Küchenmädchen nach dreijähriger Beschäftigungsdauer 320.— M. Von dieser Summe werden aber für Verpflegung, Miete für ein Zimmer, Wäsche und Dienstleistung 205.— M. abgezogen, so daß also ein Monatslohn von 115 M. zur Auszahlung gelangte. Zu dieser Summe kommt vom 1. Juli d. J. der Zuschlag von 20 Proz., so daß jetzt die Summe von 138 M. zur Auszahlung gelangt. Davon gehen aber noch die Versicherungsbeiträge und Steuern ab.

Die Angestellten des Oskar-Helene-Heims, Dablen, hatten nun die Direktion durch die Organisationen wissen lassen, daß unbedingt bis zum Dienstag, den 19. Oktober eine Regelung der Gehälter erfolgen sollte, da die Wirtin jetzt erschöpft sei. Auf Vorstelligwerden der Organisationsleiter erklärte die Direktion, daß sie nicht verhandeln könne, da sie dem Arbeitgeberverband angeschlossen sei.

Bei den am gestrigen Tage stattgefundenen Verhandlungen stellten die Arbeitnehmerorganisationen und dem Arbeiterrat mit der Direktion wurden die Angestellten wieder vertrieben auf eine Subvention, die der Stadtmagistrat Groß-Berlin dem genannten Verbande geben will.

Die Angestelltenchaft ist aber nicht gewillt, sich durch Verpfändungen noch lange hinhalten zu lassen und hat jetzt beschlossen, die Forderungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Durchföhrung zu bringen und in den Streik zu treten.

Sie haben die Direktion auch in einem Schreiben auf den Ernst der Situation hingewiesen und lehnen jetzt die aus dem absehnenden Standpunkt sich ergebenden Folgen ab.

Ein sonderbarer Standpunkt.

Der Betriebsrat der kommunalen Arbeiter der Stadtgemeinde Schöneberg hat der Stadtverwaltung den Antrag unterbreitet, von den in der Verwaltung beschäftigten Frauen diejenigen zu entlassen, deren Männer vollvermögend sind, um an deren Stelle Witwen einzustellen. Der Herr Oberbürgermeister Dominicus scheint die Selbstverständlichkeit eines derartigen Antrages in der jetzigen Zeit nicht einsehen zu können. Auf das Gesuch zweier Frauen, deren Männer sich in dauerndem Arbeitsverhältnis befinden (Straßenbahner, Gemeindearbeiter), verfügt Herr Oberbürgermeister Dominicus, daß die Frauen weiter zu beschäftigen sind, weil sie seit langem Jahren im städtischen Dienst beschäftigt sind und sie Anlaß zur Klage gegeben haben. Dem Betriebsrat ist für den Fall von Verhinderung über diese Entscheidung mitzuteilen, daß er gegen diese Verfügung eine Beschwerde an den Oberpräsidenten richten kann. Daß die zu ent-

lassenen Frauen sich gegen eine Entlassung sträuben, ist menschlich verständlich, daß aber das Haupt einer städtischen Verwaltung diese egoistischen Bestrebungen mitunterstützt, ist unverständlich. War es nicht der Herr Oberbürgermeister Dominicus, der über ungenügende Qualifikation der neugewählten Stadträte und Magistratsmitglieder sprach? Oder meint der Herr Oberbürgermeister Dominicus damit die Arbeitslosigkeit und damit die Not der um ihre Existenz kämpfenden Witwen zu heuern?

Streik in Gesehmünde. Im Hohenhofen Geseschwände ist ein Streik der Fischer, Speichen- und Eisenbahnarbeiter ausgebrochen, der rein wirtschaftlichen Charakter trägt. Um die Erträge der Hochseefischerei nicht dem Verderben auszuliefern, hat der Oberpräsident in Hannover, Kassel, die Technische Nothilfe eingesetzt.

S. V. D. Betriebsräte der Kommunalverwaltungen. 7 Uhr, in der Aula des Königl. Gymnasiums, Anst. 25 (Bahnhof Hannoverbrücke und Anst. 25): Verammlung, Tagesordnung: Die Neugestaltung Groß-Berlins. Red.: Magistratssekretär Herrmann, Stadterober. Bei Verhinderung Vertretung a. d. städt. Verwaltung. **Schlichtungsausschuss-Vertrag.** Am Donnerstag, den 26. Oktober 1920, nachmittags 6 Uhr, findet im Sitzungssaal des Metallarbeiter-Verbandes, Anst. 25, eine Sitzung sämtlicher freigewerkschaftlicher Schlichtungsausschüsse Berliner Groß-Berlins statt. Der Vorsitz der Angelegenheit werden erziehen wir um rege Beteiligung. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung.

Rudolph-Verband. Freitag, den 22. Oktober, nachm. 7 1/2 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Angelier 15, Sitzung der in Rudolph-Verbanden und Geschäftsbuchführern beschäftigten Betriebsräte und Vertrauenspersonen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Donnerstag, 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, bei Witte, Vohler, 29, Gruppenversammlung, Gruppe 1: Zucht, Felle, Kleiderstoffe. — Freitag, 22. Oktober, nachm. 5 Uhr, bei Witte, Vohler, 29, Gruppenversammlung, Gruppe 8: Damenwäsche, Schürzen, Tapeten, Kost, Bekleidung.

Deutscher Werkmeister-Verband. Bezirksverein 15. Die Verhandlung der Betriebsvertrauensleute, Tarifkommissionen mit dem Vorstand findet nicht Freitag abends 8 Uhr im Restaurant Equis, Stadtschreiber 6, statt, sondern bereits um 5 Uhr.

Soziales.

Die Arbeitslosenversicherung.

Der Entwurf des Gesetzes für Arbeitslosenversicherung sieht als Zahl der zu versichernden Personen 10 Millionen vor. Er rechnet als Wochenbeitrag pro Person unter Veranschlagung der Ausfälle für Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. mit 72 Pf. oder jährlich 37,44 M für die Person, oder mit einem gesamten Beitragsaufkommen von 374.400.000 M. Von dem Wochenbeitrag sollen 24 Pf. auf den Versicherten, 24 Pf. auf den Arbeitgeber, 12 Pf. auf das Reich und 12 Pf. auf den Gemeindeverband entfallen.

Unterstützung soll vom dritten Tage ab in Höhe des Ortslohnes gezahlt werden. Der Gesetzesentwurf rechnet mit einer durchschnittlichen Tagesausgabe von 4 M. pro Kopf. Diese Rechnung dürfte jedoch nicht ganz richtig sein, abgesehen davon, daß die vorgesehene Unterstützung unzulänglich ist.

Gefordert muß werden, daß der Kreis, der gegen Arbeitslosigkeit versichert werden soll, genau dem entspricht, welcher der Krankenversicherungspflicht unterliegt. Nach den neuesten statistischen Mitteilungen des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen im Jahrbuch der Krankenversicherung für 1919 waren im Jahre 1914 in sämtlichen Orts-, Land-, Betriebs-, Innungs- und Knappschaftskrankenkassen des Deutschen Reiches 16.525.667 Versicherte vorhanden. Ihre Zahl wird sich durch den Krieg und die Gebietsabtretungen auf rund 18.000.000 vermindert haben. An Beiträgen wurden von den Versicherten und ihren Arbeitgebern 523.884.104 M. aufgebracht, oder pro Kopf 32,56 M. Seitdem haben sich jedoch die Verhältnisse verschoben. Heute muß, nachdem der höchste Grundlohn von 10 M. im Jahre 1914 auf 80 M. erhöht worden ist, mit ungefähre dem dreifachen Betrage, also rund 100 M. gerechnet werden. 1/2 aller Einnahmen würden für Krankengelder ausgezahlt und etwa 1/10 betragen die Verwaltungskosten.

Wie schon erwähnt, wird es nicht möglich sein, die Unterstützung nach dem Ortslohn zu berechnen, und auf 4 M. pro Kopf im Durchschnitt anzunehmen. Dabei soll nach dem Entwurf die Erwerbslosenunterstützung auch nur für längstens 13 Wochen während der Dauer eines Jahres gewährt werden. Diese Unterstützung ist bei weitem unzureichend. Es muß vielmehr gefordert werden, daß die Erwerbslosenunterstützung in derselben Höhe und im Laufe eines Jahres auf dieselbe Dauer gewährt wird, als das Krankengeld; nämlich für 26 Wochen längstens. Einschränkungen, wie sie §§ 14—17 des Entwurfes vorsehen, müssen jedoch beibehalten bleiben. Es würden bei dieser Berechnung der Unterstützung die Familienzuschläge weggelassen. Es ist aber nur gerecht, wenn der Erwerbslose nicht schlechter und nicht besser gestellt wird, als der Arbeitsuntätige.

Um die Mittel für diese Unterstützung aufzubringen, muß allerdings ein anderer Weg eingeschlagen werden, als ihn der Entwurf vorzieht. Wenn jeder der Beteiligten, nämlich Versicherte, Arbeitgeber, Reich und Gemeinde, zu gleichen Teilen zusammen 1/2 Beiträge in derselben Höhe aufbringen, als die Krankenkassenbeiträge betragen, so dürfte keiner der Beteiligten dabei zugrunde gehen und die Leistungsfähigkeit der Erwerbslosenversicherung wäre doch sicher gestellt. Die Krankenkassenbeiträge werden, wie schon dargelegt, im Durchschnitt jetzt 100 M. auf den Kopf der Ver-

sicherten betragen. 1/2 davon betragen 66,66 M. oder für jeden Versicherten 16,66 M. im Jahresdurchschnitt. Auf den ungenügenden Fall umgerechnet stellt sich das Beispiel etwa folgendermaßen: Ein Versicherter mit höchstem Grundlohn, 90 M. täglich, zahlt heute bei 8 Proz. Krankenkassenbeitrag zusammen mit dem Arbeitgeber monatlich 10,80 M., 1/2 davon betragen 7,20 M. oder auf jeden Teil 1,80 M., oder für den Versicherten 1 Proz. seines Verdienstes.

Mit diesem Betrage wäre aber die Leistungsfähigkeit der Versicherung wohl rechtlich sicher gestellt. 1/2 aller Einnahmen könnten dann für ausreichende Garantien und 1/2 der Einnahmen für die Bereitstellung von Mitteln zur Verhütung von Arbeitslosigkeit und für die Verwaltungskosten verwendet werden.

Hierzu kommt, daß die Zahl der Arbeitslosen niedriger ist, als die Zahl der Arbeitsunfähigen. Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt worden ist, betrug die Zahl aller Erwerbslosen am 13. September 1920 402.881. Bei 16.000.000 Versicherten müßte mithin mit 2 1/2 Proz. Arbeitslosen gerechnet werden. Der Reichsdurchschnitt für Arbeitsunfähige beträgt etwa 3 1/2 Proz. Auch hieraus ergibt sich, daß die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung mit 1/2 der Krankenkassenbeiträge ausreichten hoch sind, um die Leistungsfähigkeit sicherzustellen. Jeder Arbeiter wird gern 1 Proz. seines Lohnes opfern, wenn er sich und seine Familie damit vor Zeiten der Not, in die er bei Arbeitslosigkeit unweigerlich gerät, schützen kann. Da er dazu jedoch aus völlig eigenen Mitteln nicht in der Lage ist, muß ihm das im oben erwähnten Artikel der Reichsregierung zugesprochene Recht dadurch werden, daß die Arbeitgeber, das Reich und die Gemeinden bei Aufbringung der Mittel helfen. Dessen müssen auch alle diejenigen Massengemeinschaften, welche eine Tätigkeit ausüben, bei welcher es nur sehr wenig oder so gut wie keine Arbeitslosigkeit gibt. Das Solidaritätsgefühl unter der Arbeiter- und Angehörigenchaft ist weit größer als diejenigen annehmen, welche das Arbeitslosenversicherungsgesetz bekämpfen und als Kampfmittel das heillosige „Reich und Deutsche“ finden und anwenden wollen, indem wieder einzelne Arbeitergruppen von der Verbesserung ausgeschlossen werden sollen (Landarbeiter und Diensthöten), weil es angeblich in diesen Berufen keine Arbeitslosigkeit gibt. Wichtig ist, daß diese Berufe die guten Müssen darstellen; darauf kann aber keine Versicherung, und die Arbeitslosenversicherung erst recht nicht verzichtet. Geriet L.

Deutscher Jugendherbergstag.

Am 8. Oktober tagte in Goslar die zweite Hauptversammlung des Hauptausschusses für deutsche Jugendherbergen. Der Jahresberichtsbericht für 1919 wurde genehmigt und dem Geschäftsführer Müller Entlastung erteilt. Aus dem Bericht für das letzte Geschäftsjahr, den der Geschäftsführer Müller vorlas, ist hervorzuheben: Die Bewegung hat große Fortschritte gemacht. Die Zahl der herbergschaftlichen Mitglieder hat sich auf 78 erhöht. Zu den neuen Angeschlossenen gehören der Arbeiter-Turn- und Sportbund und der Arbeiter-Radsportbund und Solidarität. Sechs neue Zweigvereine wurden ins Leben gerufen. Die Ortsgruppenbewegung setzt überall ein, in einzelnen Zweigvereinen sind große Erfolge erzielt. Anfang August konnte ein Reichsjugendherbergstag in Goslar abgehalten werden. Es waren rund 700 Herbergen auf, die inzwischen wieder beträchtlich vermehrt sind. Alle Herbergen hatten einen starken Besuch aufzuweisen. Acht werden teilweise aufgegeben und vor allem Schulen für die Einrichtung von Jugendherbergen erschlossen; die Beschaffung von Herbergen und Jugendheimen für Wohnzwecke ist verbott worden. Weiter haben Führerlehrgänge zur Ausbildung von Führern stattgefunden. Der Hauptauschuss ist um eine weitere Ermäßigung der Eisenbahnfahrpreise eingekommen. Jugendlich schweben darüber Verhandlungen. Die finanzielle Lage ist sehr schlecht. Es muß eine Erhöhung der Beiträge und eine Erleichterung der Arbeit durch Bereitstellung von Geldern und Räumen aus allgemeinen Mitteln gefordert werden. Das „Nachrichtenblatt“ soll jährlich sechsmal erscheinen. In Zukunft sollen in den Herbergen auch alle Wanderer aufgenommen werden, wenn sie Mitglied sind und wenn die Herberge von Jugendlichen nicht belegt ist. Das Kopfgeld für die Uebernachtung soll bei Schülern und Lehrlingen höchstens 1 Mark, bei den übrigen 1,50 Mark in der Regel nicht übersteigen. In den Verwaltungsausschuss wurden Vertreter des Arbeiter-Turn- und Sportbundes und des Arbeiter-Radsportbundes Solidarität gewählt. Der Name des Hauptausschusses wird geändert in „Verband für deutsche Jugendherbergen“.

Staatshilfe für die Vertriebenen. Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Zur Beschaffung von ländlichen Siedlungsmöglichkeiten für vertriebene Elend-Lehrlinge, die den landwirtschaftlichen Berufen entflammen, sind begrenzte Mittel zur Verfügung gestellt, die es gestatten, jedem vertriebenen Elend-Lehrlinge eine Weisheit zu gewährleisten, die die sonst üblichen Bausparvereinerungszuschüsse erheblich übersteigt. Nähere Auskunft: darüber erteilt der Hilfsbund vertriebener Elend-Lehrlinge, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 72, sowie die provinziellen gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften bzw. die Siedlungsdämmer.

Voraus: 1/2 den erhalt. Zell: Dr. Werner Heller, Charlottenburg; für Kasseler: Th. Hilde, Berlin. Verlag: Herold-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Herold-Verlag u. Verlagsanstalt Carl Winter u. Co., Berlin. Sonderz. 2. 64-70. 2 Bände.

HERMANN

Sowohl Vorrat

Billige Lebensmittel

<h3 style="text-align: center;">Frisches Fleisch</h3> <p>Suppen-FleischPfund 11.00 Schmorfleisch mit KnochenPfund 12.00 Roastbeef mit KnochenPfund 11.00 Gehacktes RindfleischPfund 12.00</p> <h3 style="text-align: center;">Wurstwaren</h3> <p>Prima LandleberwurstPfund 19.60 Prima FleischwurstPfund 22.00 Meliwurst nach Braunschweiger ArtPfund 26.80 Prima feine LeberwurstPfund 19.80 Prima JagdwurstPfund 19.60</p>	<h3 style="text-align: center;">Käse</h3> <p>SchweizerkäsePfund 19.00 EdamerkäsePfund 19.00 HolländerPfund 18.00 LandkäsePfund 6.70 MargarinePfund 13.90 CocoseitPfund 17.00</p>	<h3 style="text-align: center;">Obst und Gemüse</h3> <p>Holländischer RolkohlPfund 25 Pf. WeisskohlPfund 25 Pf. SpinalPfund 60 Pf. MohrrübenPfund 25 Pf. Tiroler EdelrotPfund 1.35 Grosse KochbirnenPfund 1.25</p>	<h3 style="text-align: center;">Geflügel</h3> <p>Junge GänsePfund 13.50 Gänse-StückenfleischPfund 12.00 GänsekeulenPfund 18.00 Enten u. HühnerPfund 12.50</p> <h3 style="text-align: center;">Fische</h3> <p>Frische Goldbarse ohne KopfPfund 2.90 Frischer SchellfischPfund 1.90 m. Koblau ohne Kopf, in ganz. Fischen, Pfund 3.80 Lebende KarpfenPfund 12.50 Grosse Voll-HeringeStück 65 Pf.</p>			
<h3 style="text-align: center;">Neue Konservan</h3> <p>Suppen-Erbisen 6.75 Junge Erbsen 7.95 Junge Erbsen waffeln 9.75 Gemischtes Gemüse 9.00 Brech- u. Schnittbohnen junge 6.25 Stangenspargel extra stark 17.00</p>	<h3 style="text-align: center;">In Weinsblech-Dosen 2-Pfund-Dos.</h3> <p>Stangenspargel mittelstark 13.75 Stangenspargel dünn 11.00 Brechspargel stark 14.00 Brechspargel mittelstark 13.00 Brechspargel dünn 10.50 Karotten geschliffen 5.25</p>	<h3 style="text-align: center;">Bücklinge</h3> <p>BücklingePfund 5.90</p> <h3 style="text-align: center;">Räucherflundern</h3> <p>RäucherflundernPfund 4.80</p>	<h3 style="text-align: center;">Kaninchen</h3> <p>KaninchenPfund 7.50</p> <h3 style="text-align: center;">Sauerkohl</h3> <p>SauerkohlPfund 70 Pf.</p>			
<h3 style="text-align: center;">Kolonialwaren</h3> <p>HaferbackmehlPfund 3.50 ErbsenmehlPfund 3.25 Prima Tafel-ReisPfund 5.75 TrockenmildPfund 11.00 BackpflaumenPfund 5.00 MaisgriesPfund 3.75</p>		<p>Viktorias-ErbisenPfund 3.25 Erbsen halbe, geschältePfund 2.95 Neue Thür. Linsen grosePfund 6.00 Kunsthörn1-Pfund-Paket 7.20 Speise-OelPfund 15.00 PflaumenmusPfund 3.95</p>				
<p>Sämtl. Preise verstehen sich einschli. Flasche, ohne Steuer</p>		<p>1918 er Bockenheimer Flasche 9.75 5 Flaschen 47.50</p>	<p>1918 er Montagna Flasche 11.75 5 Flaschen 7.50</p>	<p>1918 er Edenhöfener Flasche 14.50 5 Flaschen 7.00</p>	<p>1918 er Oberhaardler Flasche 16.75 5 Flaschen 82.50</p>	<p>Diverse Dessertweine Flasche 14.00 5 Flaschen 67.50</p>

Unentbehrlich für jeden Haushalt ist mit freiem Schlüsselabonnement **echter Hoost-Dreibohnenkaffee** M. Hoost, Berlin C 25, Prenzlauer Str. 45 Keibelstr. 11. Fernruf: Alexander 1470